



Noch kein Aufbruch in Sichtweite

DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer 2025

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Inhalt

Wesentliche Ergebnisse	3
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen	4
Geschäftserwartungen der Unternehmen	8
Geschäftsrisiken der Unternehmen	12
Exportexpectungen der Industrieunternehmen	16
Investitionsabsichten der Unternehmen	19
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen	22
Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen	25
DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	28
Fragenbogen Frühsommer 2025	29
Methodik	31

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 0
E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Stefan Hardege, Lola Machleid, Karoline Preuß, Dr. Jupp Zenzen

Grafik: Sebastian Titze, DIHK

Stand: Mai 2025

Wesentliche Ergebnisse

Prognose: Die Stimmung der Unternehmen bleibt schlecht. Ein Aufbruch ist noch nicht in Sicht. Aus keinem der abgefragten Indikatoren lassen sich nachhaltige Impulse für die Gesamtkonjunktur ableiten. (Keiner der der abgefragten Indikatoren ist für die Gesamtwirtschaft in einer Saldobetrachtung im positiven Bereich.) Für das Gesamtjahr 2025 rechnet die DIHK damit, dass das Bruttoinlandsprodukt um 0,3 Prozent schrumpfen wird.

- Zum Frühsommer 2025 zeichnet sich keine Verbesserung der konjunkturellen Lage ab. Lediglich 25 Prozent der Betriebe bezeichnen ihre **Geschäftslage** derzeit als „gut“ (zu Jahresbeginn 2025: 26 Prozent), während 25 Prozent von einer schlechten Lage sprechen (gleichbleibend ggü. Jahresbeginn). Der Lagesaldo sinkt geringfügig um einen Punkt auf nunmehr null Punkte.
- Die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen bleiben trotz merklicher Verbesserung überwiegend pessimistisch. Etwa ein Viertel der Unternehmen hat negative Zukunftsaussichten (26 Prozent nach zuvor 31 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen, steigt geringfügig auf 16 Prozent (nach zuvor 14 Prozent). Entsprechend ergibt sich nunmehr ein Saldo der Erwartungen (minus 17 auf minus 10 Punkte), der weniger negativ ist. Damit liegt der Erwartungssaldo genau auf dem Vorjahreswert und deutlich seinem langjährigen Durchschnitt (drei Punkte).
- Erneut sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das am häufigste genannte **Geschäftsrisiko**. Mit 59 Prozent liegen sie nur knapp unter dem Allzeithoch (60 Prozent). Knapp 6.000 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei ist das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort die „Bürokratie“, von den Industrieunternehmen sehen 24 Prozent „Handelsbarrieren“ als wirtschaftspolitisches Risiko. Das zweit- und dritthäufigste Geschäftsrisiko sind die Inlandsnachfrage (57 Prozent) und die Arbeitskosten (56 Prozent, Allzeithoch).
- Die **Exporterwartungen** der Industrie verschlechtern sich vor allem aufgrund der verschärften und unberechenbaren US-Zollpolitik. Die Exportpläne stecken tief im negativen Bereich: 29 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren, nur 19 Prozent mit steigenden. Der Saldo der Exporterwartungen verschlechtert sich um zwei auf minus zehn Punkte.
- Die Unternehmen zeigen sich bei ihren **Investitionsplänen** im Inland weiterhin sehr zögerlich. Nur 24 Prozent der Betriebe planen mit erhöhten Investitionen, ein Drittel gibt an, Investitionen verringern zu wollen. Der Saldo der Investitionsabsichten steigt nur leicht um drei auf minus sieben Punkte, das entspricht dem schwachen Vorjahresniveau. Im Vordergrund der Investitionsmotive stehen Ersatzinvestitionen und Rationalisierungen. Der Anteil der Unternehmen, die Kapazitäten ausweiten wollen, liegt mit 19 Prozent auf einem historisch niedrigen Niveau.
- Nur 13 Prozent der Unternehmen planen für die kommenden Monate mit einem **Beschäftigungszuwachs**, während mehr als jeder fünfte Betrieb (22 Prozent) seinen Mitarbeiterstamm verringert. Der resultierende Saldo liegt mit minus neun Punkten deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (minus ein Punkt), er hat sich im Vergleich zur Vorumfrage geringfügig um einen Punkt verbessert.
- Die angespannte Geschäftslage und weiterhin negativen Geschäftserwartungen lassen auch den Anteil der Unternehmen, die über Schwierigkeiten in der Finanzierung berichten, ansteigen. 43 Prozent (nach zuvor 41 Prozent) schätzen ihre **Finanzlage** als problematisch ein.

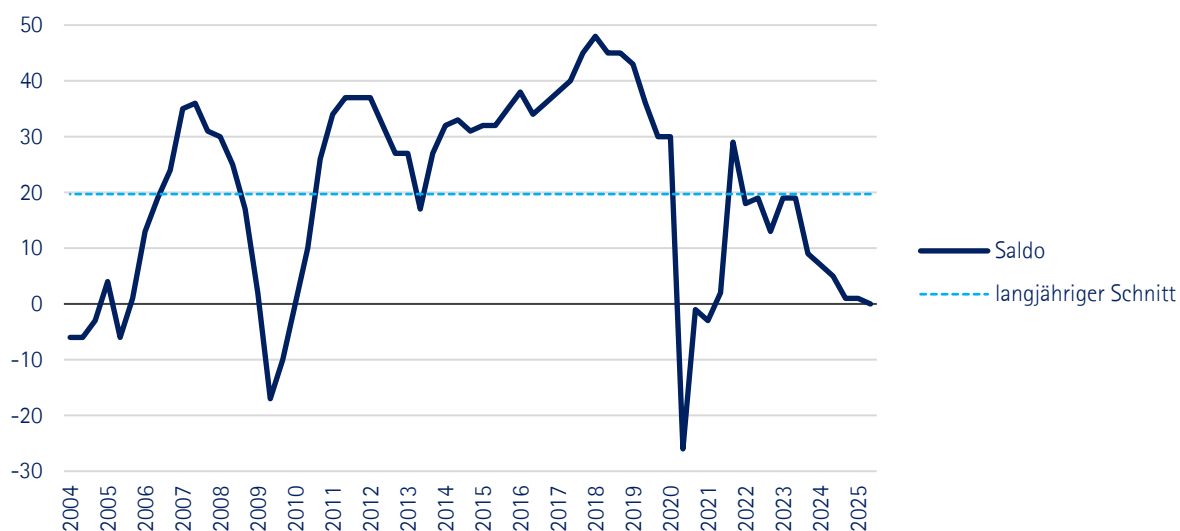
Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die Geschäftslage der Unternehmen bleibt im Frühsommer 2025 angespannt. Anhaltende Belastungen, wie hohe Kosten und eine schwache Nachfrage aus dem In- und Ausland, die lange Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs lasten auf der Stimmung. Hinzu kommen weltpolitische Spannungen und die sprunghafte verschärfte US-Zollpolitik, mit denen sich besonders die auslandsaktiven Betriebe konfrontiert sehen.

Ein Viertel der Unternehmen spricht von einer guten Geschäftslage (25 Prozent nach zuvor 26 Prozent), während genauso viele Betriebe von einer schlechten Lage berichten (gleichbleibend 25 Prozent). Der Lagesaldo sinkt geringfügig um einen Punkt auf null Punkte. Das ist der niedrigste Wert seit der Corona Pandemie (Jahresbeginn 2021: minus drei Punkte). Der langjährige Durchschnitt liegt bei plus 20 Punkten.

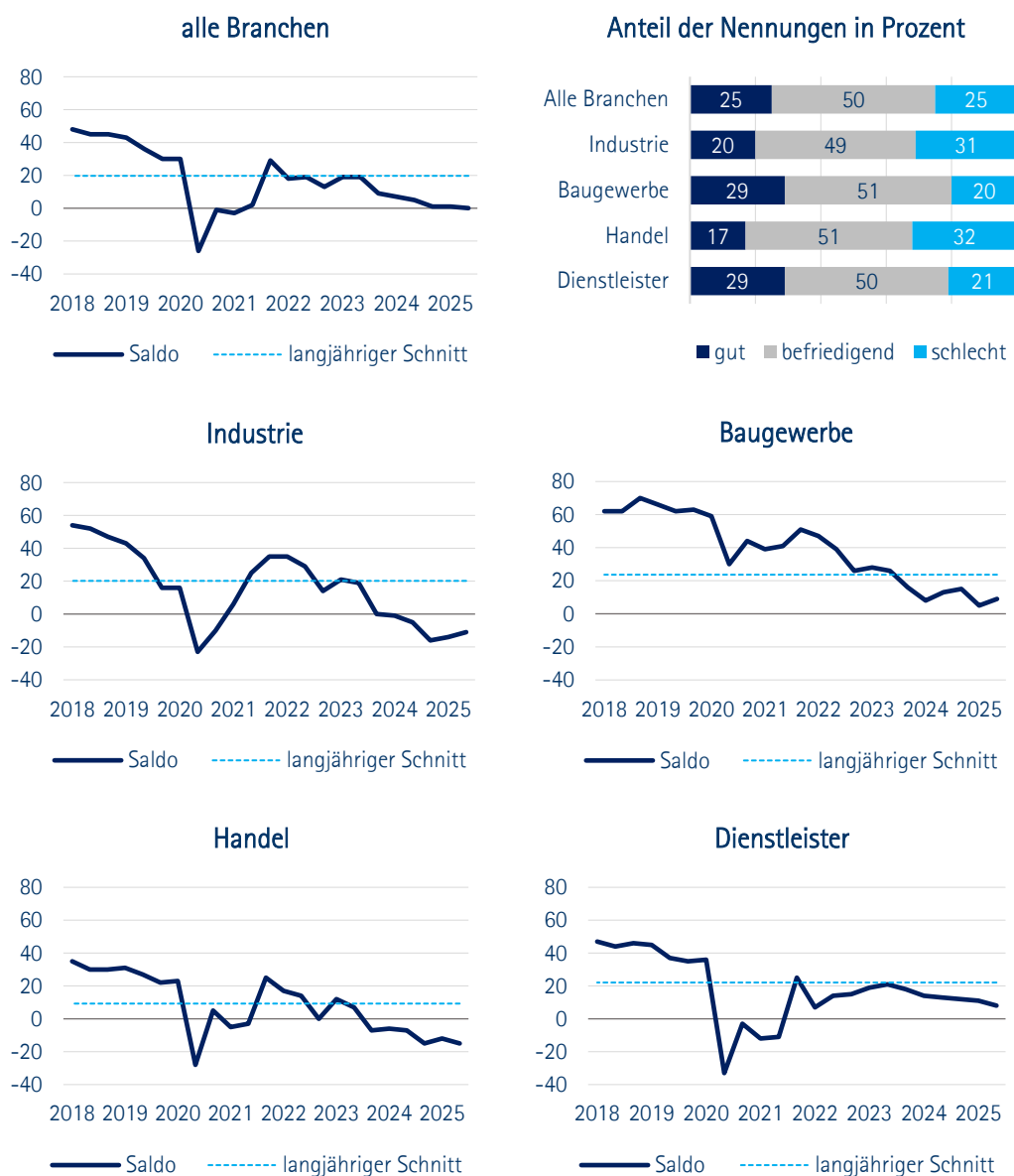
Mit Blick auf die Unternehmensgrößen wird deutlich, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen die wirtschaftliche Eintrübung spüren. Der Lagesaldo bei Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern sinkt von minus einen auf minus drei Punkte. Er liegt damit deutlich unter dem Schnitt der letzten Jahre von elf Punkten. In größeren Unternehmen mit bis zu 1000 Beschäftigten verbessert sich die Geschäftslage geringfügig. Der Lagesaldo steigt von fünf auf nun sechs Punkte. Am besten bewerten die großen Unternehmen ab 1.000 Beschäftigten ihre aktuellen Geschäfte: Der Saldo liegt bei sieben Punkten (zuvor acht Punkte).

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



In der **Industrie** bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage weiterhin als überwiegend negativ: Fast jedes dritte Unternehmen schätzt seine Lage als „schlecht“ ein (31 Prozent nach zuvor 33 Prozent), während lediglich jedes fünfte Unternehmen von einer guten Lage spricht (20 Prozent nach zuvor 19 Prozent). Der Saldo steigt zwar, von minus 14 auf minus elf Punkte. Das Niveau liegt allerdings noch immer um sechs Saldopunkte unter dem Vorjahreswert und deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 20 Punkten. Die Branche leidet weiterhin unter einer schwachen Nachfrage, hohen Kosten sowie den teils schlechten Standortbedingungen.

Geschäftslage der Unternehmen (Saldo aus gut minus schlecht-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Bei den **Vorleistungsgüterproduzenten** erholt sich die Lage, wenngleich noch auf sehr schwachem Niveau. Mehr als ein Drittel der Unternehmen bewertet die Lage als schlecht (36 Prozent), nur 15 Prozent als gut. Der Lagesaldo liegt mit minus 21 Punkten weiterhin deutlich im negativen Bereich. Allerdings bewerten die Betriebe ihre aktuelle Geschäftslage zum zweiten Mal in Folge besser als in der jeweiligen Vorumfrage (Saldo minus 26 Punkte zu Jahresbeginn und minus 30 Punkte im Herbst 2024). Die Industrieschwäche und damit einhergehend die geringe Nachfrage nach Vorleistungen und hohe Kosten belasten die Unternehmen stark. In der energieintensiven Industrie verharret der Saldo mit minus 26 Punkten im negativen Bereich. Obwohl die Energiepreise zuletzt gesunken sind, bleiben sie auf einem deutlich erhöhten Niveau im Vergleich zum Zeitraum vor dem russischen Krieg in der Ukraine. Eine deutliche Besserung sehen Unternehmen im Holzgewerbe. Gegenüber der Vorumfrage verbessert sich der Saldo um 14 Punkte auf nun minus zehn Punkte.

Die Lageeinschätzungen der **Investitionsgüterproduzenten** verbessern sich leicht gegenüber der Vorumfrage. Der Saldo steigt von minus elf auf minus sechs Punkte, liegt jedoch weit unter dem Schnitt der letzten Jahre (26 Punkte). Im Kraftfahrzeugbau schätzen die Betriebe ihre aktuelle Geschäftslage noch immer überwiegend negativ ein, jedoch kann die Branche von vergleichsweise starken Exporten im ersten Quartal profitieren. Darin spiegeln sich auch Vorzieheffekte aufgrund der drohenden US-Automobilzölle wider. Der Lagesaldo steigt deutlich von minus 30 auf derzeit minus

15 Punkte. Auch die Maschinenbauer sehen ihre Lage derzeit etwas besser als zuletzt. Der Saldo nimmt leicht um vier auf minus zehn Punkte zu. Eine Eintrübung ist hingegen in der Medizintechnik zu beobachten. Nach einem Anstieg zu Jahresbeginn sinkt der Saldo erneut von 17 auf nunmehr elf Punkte.

Das Geschäft der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** läuft weiterhin schleppend. Anhaltende Konsumzurückhaltung und die Verunsicherung über die globale wirtschaftliche Entwicklung belasten viele Unternehmen. Nach einer leichten Erholung sinkt der Saldo der Lageeinschätzungen um zwei auf minus sechs Punkte. Besonders schlecht ist die Lage im Druckgewerbe. Der Lagesaldo sinkt von zuletzt minus 17 Punkten auf nunmehr minus 23 Punkte. Eine Eintrübung zeigt sich auch in der Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Der Saldo sinkt von 14 auf zwölf Punkte. Positiv heraus sticht lediglich die pharmazeutische Industrie hervor. Die Geschäfte laufen weiterhin gut. Der Saldo steigt um vier auf plus 36 Punkte.

Im **Handel** findet der Abwärtstrend kein Ende. Lediglich 17 Prozent der Handelsunternehmen bewerten ihre aktuelle Lage als gut (zuvor 18 Prozent), während knapp ein Drittel der Unternehmen von einer schlechten Lage berichten (32 Prozent nach zuvor 30 Prozent). Der Saldo sinkt folglich um drei auf minus 15 Punkte. Insbesondere die geringe Nachfrage der Konsumenten belastet die Branche. Zudem sehen sich die Unternehmen hohen Arbeitskosten und unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, wie der unberechenbaren US-Zollpolitik, ausgesetzt. Besonders trüb ist die Lage im Großhandel. Der Lagesaldo verharrt bei minus 18 Punkten. Grund hierfür ist vor allem die schwache Nachfrage aus der Industrie, welche ebenfalls keinen konjunkturellen Aufschwung verzeichnen kann. Der Einzelhandel verzeichnet mit einem Lagesaldo von minus 15 Punkten nach zuletzt minus zehn Punkten den niedrigsten Wert seit der Corona Pandemie.

Die Geschäftslage der Unternehmen im **Baugewerbe** hat sich aufgrund des milden Winters leicht verbessert, kann jedoch nicht an frühere Ergebnisse anknüpfen. Knapp drei von zehn Unternehmen (29 Prozent nach zuvor 27 Prozent) bewerten ihre Lage im Frühsommer 2025 als „gut“, während jedes fünfte Unternehmen von einer schlechten Geschäftslage berichtet (20 Prozent nach zuvor 22 Prozent). Der Saldo steigt um vier auf plus neun Punkte, liegt damit aber noch unter dem Vorjahreswert (Saldo im Frühsommer 2024: 13 Punkte). Damit verzeichnen die Unternehmen die schlechteste Geschäftslage eines Frühsommers seit der Finanzkrise. Der Hochbau erholt sich im Vergleich zum Jahresbeginn 2025 leicht von minus sieben auf minus drei Punkte, bleibt jedoch weiterhin auf dem schwachen Vorjahresniveau (Saldo Frühsommer 2024: ebenfalls minus drei Punkte). Zahlreiche Herausforderungen belasten die Branche. Neben bürokratischen Hürden, langen Planungs- und Genehmigungsverfahren und schwierigen Finanzierungsbedingungen wirken sich insbesondere der Fachkräftemangel sowie hohe Arbeitskosten negativ auf die Geschäfte aus. Der Tiefbau steht mit einem Lagesaldo von 14 Punkten verglichen mit den anderen Teilbranchen stabiler da. Allerdings sinkt der Saldo deutlich um zehn Punkte, im Vergleich zur Vorjahresumfrage sogar um 14 Punkte. Auch hier leiden die Unternehmen zunehmend unter den langwierigen Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie den hohen Kosten. Zudem belastet das bisherige Fehlen eines verabschiedeten Bundeshaushalts die öffentliche Auftragsvergabe. Im Ausbaugewerbe verbessert die die Geschäftslage, auch saisonbedingt, um sieben auf 21 Punkte, allerdings liegt auch das deutlich unter dem Vorjahreswert (Lagesaldo im Frühsommer 2024: 29 Punkte).

Im Vergleich zu den anderen Branchen verzeichnet die **Dienstleistungswirtschaft** noch immer überwiegend eine positive Geschäftslage. Allerdings ist auch hier eine leichte konjunkturelle Abkühlung spürbar. Mit 29 Prozent berichten geringfügig weniger Unternehmen von einer positiven Lage als noch zu Jahresbeginn (30 Punkte). Auf der anderen Seite bewerten etwas mehr Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage als „schlecht“ (21 Prozent nach zuvor 19 Punkte). Der Saldo sinkt von elf auf acht Punkte. Die anhaltend schwache Industriekonjunktur belastet das Geschäft der überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleister. Der Lagesaldo sinkt leicht um zwei auf 15 Punkte. Damit liegt der Saldo deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (30 Punkte). Insgesamt robust zeigen sich die Teilbranche der Rechts- und Steuerberatungen sowie der Wirtschaftsprüfungen, deren Saldo sich mit 55 Punkten auf hohem Niveau stabilisiert (zuvor: 55 Punkte), und der Finanzdienstleister mit einem Saldo von 33 Punkten (zuletzt 25 Punkte). Auch die Sicherheitswirtschaft verzeichnet aufgrund des stärkeren öffentlichen Fokus auf Sicherheitsfragen mit einem Lagesaldo von 17 Punkten (zuletzt minus ein Punkt) einen Aufschwung. Überwiegend personenbezogene Dienstleister verzeichnen keine nennenswerten Wachstumsimpulse, sie sehen sich wie viele andere Branchen unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie hohen Arbeitskosten ausgesetzt. Trotz positiver Lagebewertung sinkt der Saldo von zuletzt 15 Punkten auf nunmehr elf Punkte (langjähriger Durchschnitt 14 Punkte). Die Freizeitwirtschaft mit Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsunternehmen spüren die allgemeine Konsumzurückhaltung. Der Lagesaldo sinkt auf null Punkte nach zuletzt plus sieben Punkten. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Kultur- und Kreativwirtschaft ab. Der Saldo der Geschäftslage verschlechtert sich von zuletzt elf Punkten auf vier Punkte.

Der Negativtrend im **Gastgewerbe** setzt sich im Frühsommer 2025 weiter fort. Mehr als jedes dritte Unternehmen sieht sich einer schlechten Geschäftslage ausgesetzt (35 Prozent nach zuvor 29 Prozent), während lediglich 17 Prozent noch von einer guten Lage berichten (zuvor 21 Prozent). Der Lagesaldo rutscht deutlich um zehn auf minus 18 Punkte. Insbesondere hohe Personalkosten sowie die Energiepreise tragen zu diesem Negativergebnis bei. Die Reisevermittler zeigen sich weiterhin robust. Trotz Eintrübungen durch die insgesamt etwas schwächere Nachfrage überwiegen mit 34 Prozent die Unternehmen mit einer positiven Geschäftslage deutlich im Vergleich zu jenen mit einer schlechten Lagebewertung (15 Prozent). Der Wirtschaftszweig profitiert damit weiterhin von der Reiselust der Deutschen.

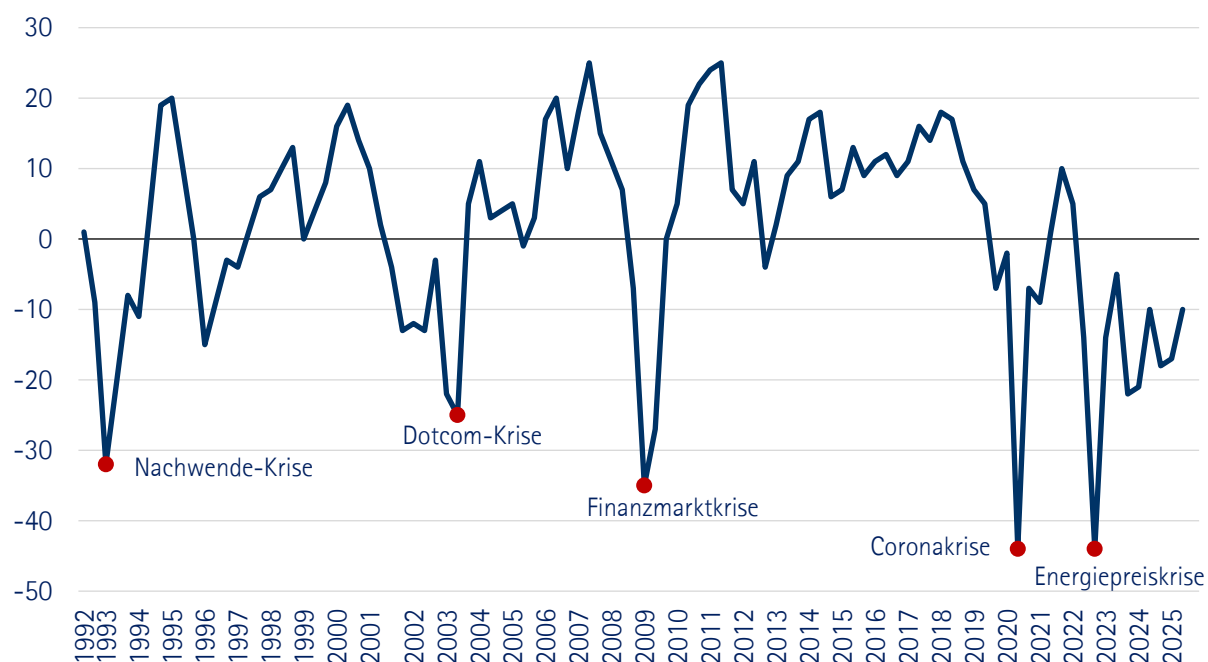
Die Geschäftslage im **Verkehrssektor** stagniert auf niedrigem Niveau. Die Stimmung in den Unternehmen ist weiterhin schlechter als im Dienstleistungssektor, insgesamt. Der Saldo sinkt um einen auf minus sieben Punkte. Anhaltend hohe Kosten für Energie, Arbeit und Modernisierung belasten die Verkehrsunternehmen, während sie sich gleichzeitig dem zurückhaltenden Konsumentenverhalten ausgesetzt sehen. Hinzu kommen lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie hohe bürokratische Hürden, die einen Aufschwung verhindern. Die Geschäftslage im Straßen- und Schienen-nahverkehr zeichnet ein ähnliches Bild (Lagesaldo von minus vier nach zuletzt minus drei Punkte). Besonders trüb ist die Geschäftslage bei den Taxiunternehmen. Fast die Hälfte der Unternehmen stufen ihre Lage als „schlecht“ (40 Prozent) ein. Der Saldo sinkt deutlich von minus neun auf minus 28 Punkte. Der Straßengüterverkehr leidet unter den infrastrukturellen Problemen, marode Brücken und anderes führen zu Fahrzeitverlängerungen durch Umwege. Zusätzlich belasten hohe Arbeitskosten und der Fachkräftemangel die Branche. Der Lagesaldo sinkt um drei auf nunmehr minus 13 Punkte. Der Schiffsverkehr wird weiterhin von geopolitischen Unsicherheiten negativ beeinflusst, die Rentabilität von Frachtenfahrten bleibt derzeit sehr volatil. Der Saldo sinkt erneut auf nunmehr minus zwölf Punkte (zuletzt minus vier Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verbessern sich im Frühsommer merklich, bleiben aber weiterhin überwiegend pessimistisch. Etwa ein Viertel der Unternehmen hat negative Zukunftsaussichten (26 Prozent nach zuvor 31 Prozent). Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einem besseren Geschäft rechnen, steigt geringfügig auf 16 Prozent (nach zuvor 14 Prozent). Entsprechend steigt der Saldo der Erwartungen von minus 17 auf minus 10 Punkte. Das liegt genau auf dem Vorjahreswert und deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt von drei Punkten. Unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen hierzulande sorgen noch für Zurückhaltung bei den Unternehmen. Hinzu kommen eine schwache Konjunktur im Inland, eine gedämpfte Nachfrage aus dem Ausland und strukturelle Probleme wie steigende Arbeitskosten und weiterhin hohe Energie- und Rohstoffpreise. Zusätzlich belastet nun auch noch die unberechenbare US-Handelspolitik die Weltkonjunktur und damit auch die exportorientierte deutsche Wirtschaft.

Bezogen auf die Unternehmensgröße zeigt sich ein gemischtes Bild. Bei den Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) überwiegen die positiven Erwartungen, der Saldo steigt von drei auf sechs Punkte. Bei den restlichen Unternehmen sind die Aussichten hingegen weiterhin negativ. Besonders bei kleinen Unternehmen mit unter 20 Beschäftigten bleiben die Erwartungen sehr getrübt, trotz leichter Verbesserung des Saldos um fünf auf minus 14 Punkte.

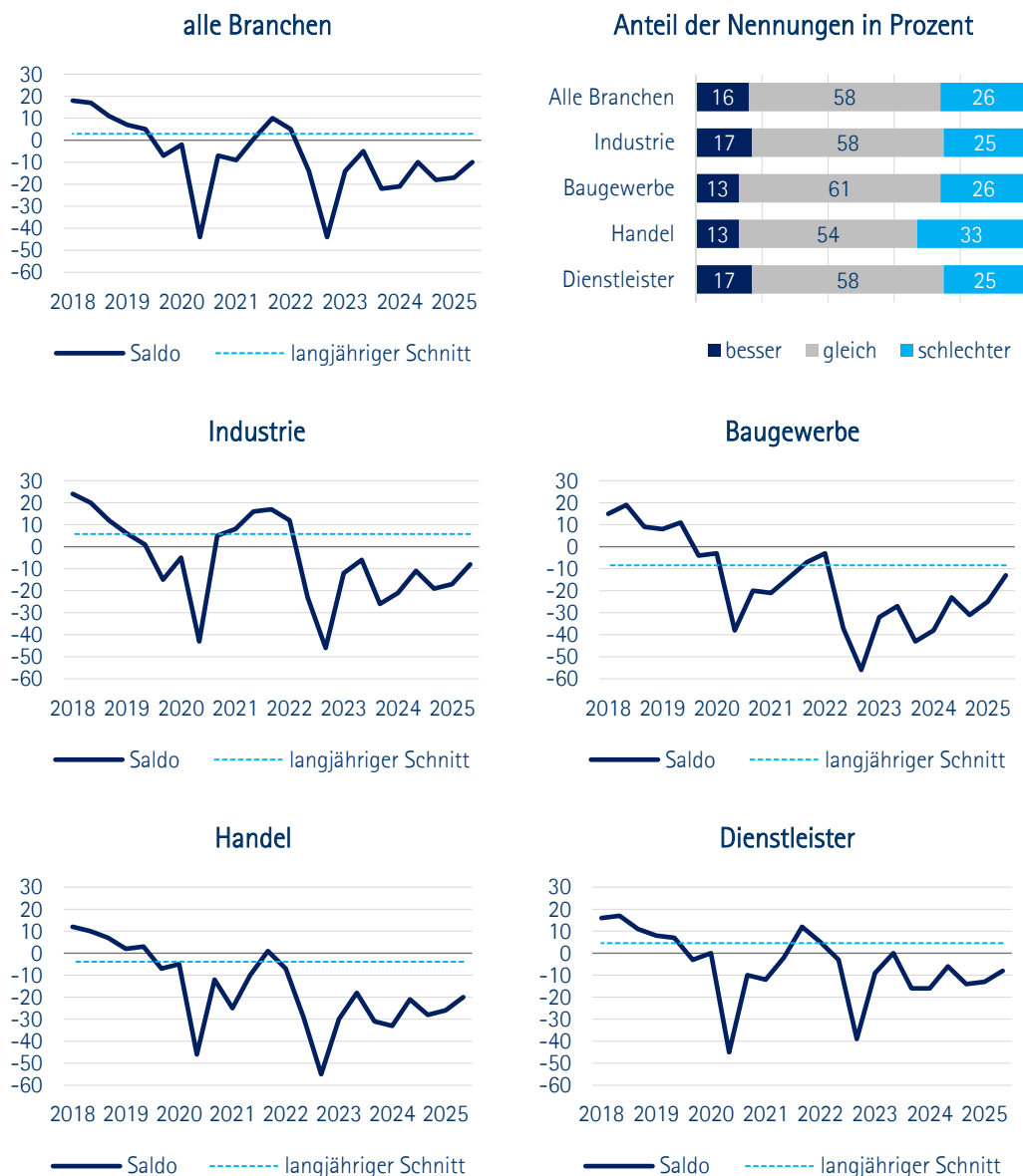
Geschäftserwartungen der Unternehmen (Saldo in Punkten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Die **Industrie** leidet an einem Mangel an Aufträgen aus dem Inland und an einer durch US-Zölle ausgebremsen Weltkonjunktur. Hinzu kommen zahlreiche strukturelle Sorgen, wie z. B. hohe Energie- und Rohstoffpreise, drückende Arbeitskosten oder unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen. Das belastet die Geschäftserwartungen insgesamt. Die Hoffnung auf eine schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Reformen und Sondervermögen hellen die Erwartungen auf: 17 Prozent der Unternehmen gehen von einer Besserung in den kommenden zwölf Monaten aus (zuvor 14 Prozent), hingegen erwartet ein Viertel (25 Prozent nach zuvor 31 Prozent) eine Verschlechterung des Geschäfts. Der Saldo steigt zwar deutlich von minus 17 auf minus acht Punkte. Er liegt aber weit unter seinem langjährigen Schnitt (plus sechs Punkte).

Geschäftserwartungen der Unternehmen

(Saldo aus besser minus schlechter-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Am deutlichsten legen die Geschäftserwartungen bei den **Vorleistungsgüterherstellern** zu, wobei die Aussichten hier zuletzt angesichts der im internationalen Vergleich verschlechterten Wettbewerbsfähigkeit auch besonders trüb waren. Der Anteil der Unternehmen, die in den kommenden zwölf Monaten mit einer Verschlechterung der Geschäfte rechnen, sinkt von 34 auf 25 Prozent. Das übersteigt allerdings noch immer den Anteil der Betriebe, die von einer Besserung ausgehen (17 Prozent nach zuvor 13). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen nimmt insofern deutlich um 13 Saldopunkte zu, bleibt aber mit minus acht Punkten immer noch pessimistisch. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Investitionen in Sicherheit und Infrastruktur helfen besonders in der Baustoffindustrie, aber auch bei den Metallern die bisher sehr düsteren Erwartungen für die kommenden zwölf Monate auf. Bei Unternehmen aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau klettert der Saldo der Geschäftserwartungen um 43 Punkte auf minus einen Punkt. Im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung steigt der Saldo von minus 23 auf immerhin nur noch minus neun Punkte. In der Chemischen Industrie steigt der Erwartungssaldo um sieben auf minus drei Punkte.

Trotz deutlicher Verbesserung bleiben die Geschäftserwartungen der **Investitionsgüterhersteller** vor dem Hintergrund der anhaltend strukturellen Probleme und der Nachfrageschwäche per Saldo negativ. Ein Viertel der Be-

triebe rechnet mit schlechteren (25 Prozent nach zuvor 32 Prozent). Nur 19 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) gehen von einer Verbesserung aus. Der Saldo steigt damit um elf auf minus sechs Punkte. Auch gegenüber dem Vorjahr haben sich die Aussichten nur geringfügig aufgehellt (Saldo Fröhsommer 2024: minus neun Punkte). Im Kraftfahrzeugbau verbessern sich die Erwartungen zwar unter dem Strich deutlich um 20 Punkte. Sie liegen mit einem Saldo von aktuell minus vier Punkten aber immer noch unter dem langjährigen Durchschnitt von plus vier Punkten. Gleiches gilt für den Maschinenbau, der Saldo steigt merklich um zwölf auf minus sechs Punkte. Die Unternehmen der Elektrotechnik erreichen sogar wieder einen knapp positiven Saldo: Mit lediglich einem Punkt liegen die Erwartungen aber dennoch weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt (Saldo: 15 Punkte).

Am schlechtesten sind die Erwartungen bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern**. Fast ein Drittel (29 Prozent nach zuvor 26 Prozent) geht von schlechteren Geschäften aus, nur 16 Prozent rechnen mit einer Verbesserung. Damit sinkt der Saldo der Geschäftserwartungen um drei auf minus 13 Punkte. Positiv sticht hier die Pharmazeutische Industrie heraus. Zwar haben auch in der Pharmaindustrie die Erwartungen aufgrund der US-Zollankündigungen einen herben Dämpfer erlitten. Mit einem Saldo von elf Punkten bleiben die Erwartungen aber noch immer überwiegend positiv (zuvor 23 Punkte).

Im **Baugewerbe** sind die Aussichten deutlich weniger trüb als noch zu Jahresbeginn. Das ist zum einen saisonal bedingt, zum anderen wecken die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen sowie das Sondervermögen für Infrastruktur Hoffnungen auf lukrative neue Aufträge. Der Anteil der Betriebe, die von einer Verbesserung der Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten ausgehen, steigt auf 13 Prozent (zuvor zehn Prozent). Hingegen schrumpft der Anteil der Betriebe mit schlechten Erwartungen deutlich auf 26 Prozent (nach zuvor 35 Prozent). Der Saldo der Erwartungen steigt auf minus 13 Punkte. Das sind zwölf Punkte mehr als noch zu Jahresbeginn und zehn Punkte mehr als noch vor einem Jahr. Besonders im Tiefbau legen die Erwartungen kräftig zu. Fehlende Nachfrage ist für die Betriebe kein überbordendes Problem mehr, unterdurchschnittliche 42 Prozent sehen in der Inlandsnachfrage ein Geschäftsrisiko (zuvor 56 Prozent). Der Saldo der Geschäftserwartungen klettert um 16 auf minus zehn Punkte. Dieser liegt sogar über dem langjährigen Durchschnitt von minus 13 Punkten. Im Hochbau und im Ausbaugewerbe fällt die Aufhellung etwas schwächer aus (Saldo Hochbau: minus 13 nach zuvor minus 26 Punkte; Saldo Ausbaugewerbe: minus elf nach zuvor minus 23 Punkte). Die Betriebe im Hochbau rechnen noch nicht damit, dass sich die schlechte Auftragslage beim Wohnungsbau oder beim Wirtschaftsbau deutlich verbessern wird. Als häufigstes Risiko wird nach wie vor die Inlandsnachfrage genannt (60 Prozent der Unternehmen nach zuvor 64 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen liegt im Hochbau bei minus 13 Punkten (nach zuvor minus 26 Punkten). Im Tiefbau sind es insbesondere der Fachkräftemangel und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die den Unternehmen zu schaffen machen. Der Saldo der Geschäftserwartungen steigt auf minus 13 Punkte und kommt damit dem langjährigen Durchschnitt von minus neun Punkten näher. Auch im Ausbaugewerbe verbessern sich die Erwartungen, bleiben aber negativ (Saldo minus elf nach zuvor minus 23 Punkten).

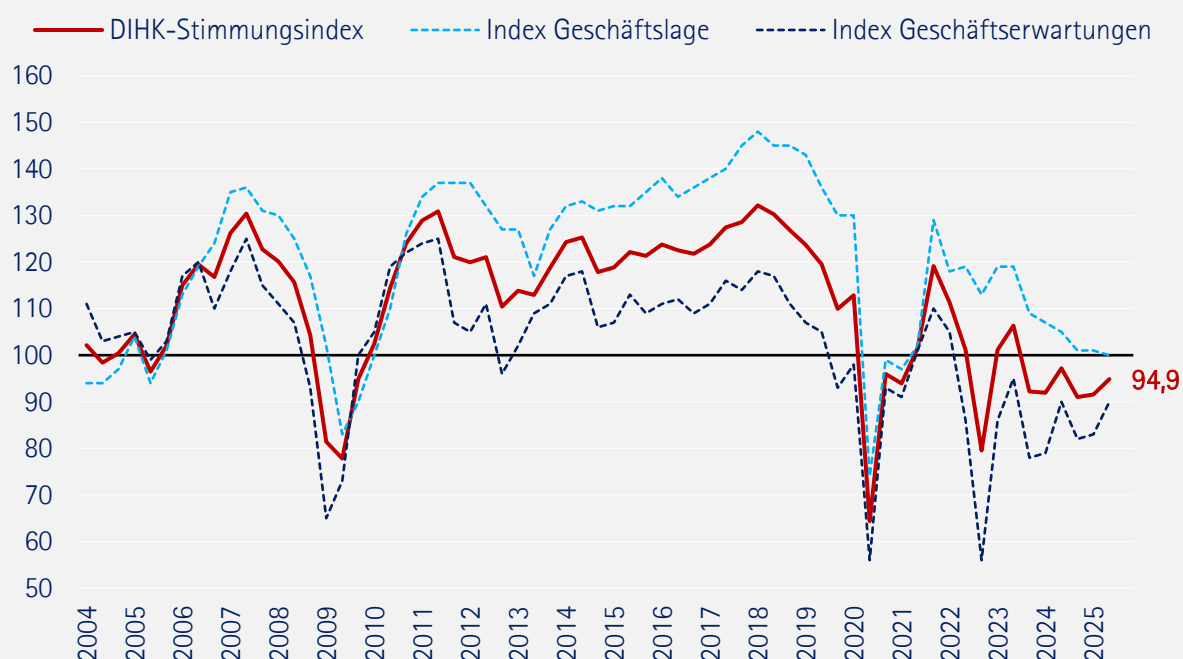
Im **Handel** bleiben die Geschäftserwartungen trotz leichter Verbesserung düster. Neben der schwachen Nachfrage bereiten den Betrieben hohe Arbeitskosten und unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen große Sorgen. Ein Drittel der Händler (33 Prozent nach zuvor 37 Prozent) rechnet mit einer Verschlechterung der Geschäfte, nur 13 Prozent (nach zuvor elf Prozent) gehen von einer Besserung aus. Der Saldo steigt um sechs auf minus 20 Punkte. Dabei nimmt der Saldo im Großhandel um acht Punkte auf minus 18 zu, und im Einzelhandel um drei auf minus 23 Punkte.

Die Geschäftserwartungen im insgesamt sehr heterogenen **Dienstleistungssektor** ähneln der Industrie. Ein Viertel der Betriebe (25 Prozent nach zuvor 28 Prozent) geht von einer Verschlechterung der Geschäfte aus, 17 Prozent (nach zuvor 15 Prozent) haben positive Erwartungen. Der Saldo steigt um fünf auf minus acht Punkte. Das liegt unter dem langjährigen Schnitt von plus fünf Punkten. Die Erwartungen im Gastgewerbe verbessern merklich. Das hat zum einen saisonale Gründe, zum anderen hoffen die gastronomischen Betriebe auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Mehrwertsteuer. Dennoch bleibt der Erwartungssaldo mit minus 13 Punkten (zuvor minus 29 Punkte) deutlich im negativen Bereich und auch unter dem Vorjahreswert (minus zehn Punkte). Besonders die Kostenseite, macht den Betrieben im Gastgewerbe zu schaffen, allen voran die Arbeitskosten, die in der Branche am häufigsten als Geschäftsrisiko genannt werden. Die Aussichten der Unternehmen aus dem Bereich Verkehr und Logistik verhalten sich ähnlich. Neben Arbeitskosten machen hohe Energie- und Kraftstoffpreise und unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen der Branche zu schaffen. Der Saldo der Geschäftserwartungen

gen steigt dennoch um zehn auf minus 18 Punkte. Im Gegensatz dazu sind die Aussichten bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern sogar wieder positiv. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt mit drei Punkten (nach zuvor null Punkten) sogar geringfügig über dem langjährigen Schnitt von zwei Punkten.

DIHK-Stimmungsindex

Nach zwei Jahren Rezession zeichnet sich in der deutschen Wirtschaft keine nachhaltige Erholung ab. Zwar zeigen einzelne Indikatoren leichte Verbesserungen, doch die Stimmung bei den Unternehmen bleibt überwiegend pessimistisch. Der aktuelle DIHK-Stimmungsindex, der die Einschätzungen von mehr als 23.000 Betrieben aus nahezu allen Branchen und Regionen erfasst, verharrt mit 94,9 Punkten im pessimistischen Bereich.



Der DIHK-Stimmungsindex ist das geometrische Mittel aus dem Index der Geschäftslage und dem Index der Geschäftserwartungen. Der Index der Geschäftslage entspricht 100 plus dem Anteil der Unternehmen mit einer guten Geschäftslage minus dem Anteil der Unternehmen mit einer schlechten Geschäftslage. Der Index der Geschäftserwartungen entspricht 100 plus dem Anteil der Unternehmen mit positiven Geschäftserwartungen minus dem Anteil der Unternehmen mit negativen Geschäftserwartungen.

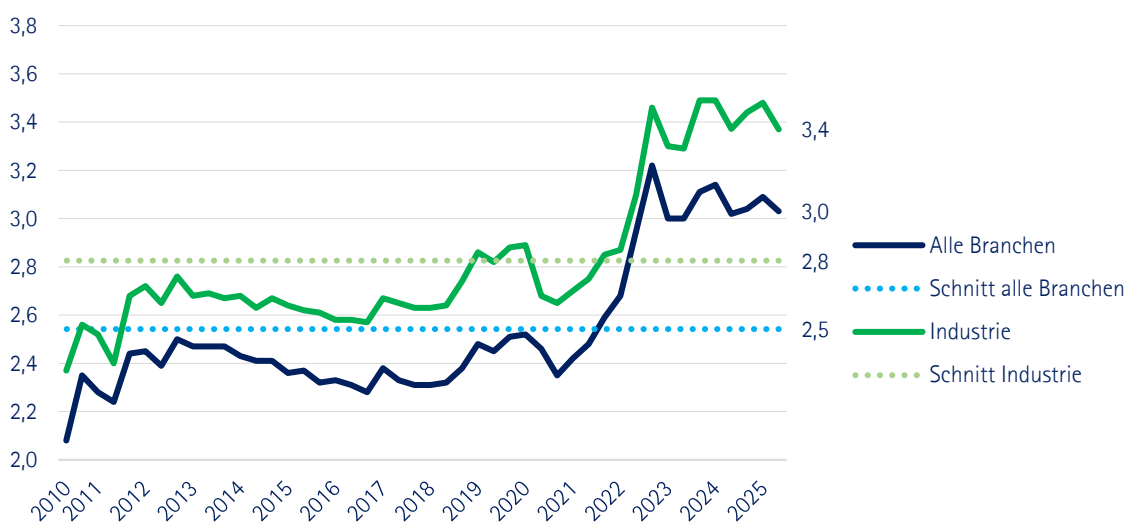
Werte über 100 bedeuten, dass die Unternehmen überwiegend positive Bewertung der Stimmung, Lage und Erwartungen und umgekehrt.

Geschäftsrisiken der Unternehmen

In vielen Bereichen der Wirtschaft bleibt der Druck auf die Unternehmen hoch. Seit dem Beginn des russischen Krieges in der Ukraine ist die Zahl der Geschäftsrisiken, denen sich die Unternehmen gegenübersehen, nach oben geschneit. Aber nicht nur konjunkturelle Risiken, wie eine weiterhin schwächelnde Nachfrage im In- und Ausland, setzen der Wirtschaft zu. Sondern strukturelle Probleme wie unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, gestiegene Arbeitskosten oder die weiterhin hohen Energie- und Rohstoffpreise bereiten den Unternehmen Sorge. In der Umfrage stehen insgesamt acht verschiedene Geschäftsrisiken zur Auswahl. Aktuell benennt ein Unternehmen im Schnitt 3,0 verschiedene Risiken. Das liegt nur geringfügig unter dem Wert zum Jahresbeginn (3,1) oder dem Höchstwert von 3,2 im Herbst 2022. Insgesamt sehen sich die Unternehmen also weiterhin mit einer Vielzahl an Risiken und Unsicherheiten konfrontiert.

DIHK-Risiko-Indikator

Anzahl der genannten Geschäftsrisiken (8 Risiken stehen zur Auswahl, Mehrfachnennungen möglich)



* In jeder Welle der DIHK-Konjunkturumfrage werden die acht folgenden Geschäftsrisiken abgefragt: Inlandsnachfrage, Auslandsnachfrage, Fachkräftemangel, Arbeitskosten, Energie- und Rohstoffpreise, Finanzierung, Wechselkurs, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

Zum zweiten Mal in Folge sind die **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen** das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko. Mit 59 Prozent liegen sie zwar etwas unter den zuvor 60 Prozent zu Jahresbeginn, bereiten den Unternehmen aber dennoch weiterhin am häufigsten Sorgen. Knapp 6.000 Unternehmen haben bei den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen von der Möglichkeit der Freitextantworten Gebrauch gemacht. Dabei wird die „Bürokratie als das mit Abstand am häufigsten genannte Stichwort genannt. Etwa 43 Prozent der Freitextantworten beinhalten Bürokratie-Themen. Angesichts der verschärften und sehr belastenden US-Zollpolitik haben mittlerweile 14 Prozent der Freitextantworten auch Handelsbarrieren zum Inhalt, zu Jahresbeginn waren es nur fünf Prozent. Bei den Industrieunternehmen hat sich dieser Anteil sogar von acht auf 24 Prozent verdreifacht. Weitere wirtschaftspolitische Risiken sehen die Unternehmen in Energie, Steuern, Planungsunsicherheit sowie mangelnde Investitionen. Im Gastgewerbe verweisen 15 Prozent der Freitextantworten auf den Mindestlohn (insgesamt fünf Prozent).

Fast genauso häufig wie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nennen die Unternehmen die **Inlandsnachfrage** als Geschäftsrisiko (57 Prozent nach zuvor 59 Prozent). Darin spiegelt sich nicht nur die Kaufzurückhaltung der Verbraucher wider, sondern auch die andauernde Auftragsflaute im verarbeitenden Gewerbe. Besonders in der Industrie (65 Prozent nach zuvor 70 Prozent) ist die Nachfrageschwäche das häufigste Risiko. Bei exportierenden Industrieunternehmen wächst auch die Furcht vor einer sinkenden **Auslandsnachfrage** (47 Prozent nach zuvor 45 Prozent). Neben einer schleppenden weltweiten Industrieproduktion und hohen Kosten im Inland sorgt die aggressive Handelspolitik der US-Administration für hohe Unsicherheiten.

Von den Unternehmen am häufigsten genannte Stichwörter bei der Beschreibung der wirtschaftlichen Risiken (Auswertung von rd. 6.000 Freitextantworten)



Im Handel geben die Betriebe die Inlandsnachfrage als häufigstes Geschäftsrisiko (gleichbleibend 68 Prozent) an. Trotz gestiegener Einkommen halten sich die Verbraucher beim Konsum zurück. Wenn man die beiden Corona-Ausnahmejahre 2020/2021 außer Acht lässt, dann liegt die Sparquote der privaten Haushalte (11,6 Prozent im Jahr 2024 laut Bundesbank) auf dem höchsten Niveau seit 1996. Auch die Unternehmen üben sich angesichts der schlechten Konjunktur in Form geringer Investitionen in Zurückhaltung. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Sondervermögen Infrastruktur sorgt im Baugewerbe hingegen für einen Rückgang des Risikos Inlandsnachfrage (52 Prozent nach zuvor 58 Prozent). Besonders im Tiefbau rechnen die Unternehmen mit einem Auftragsplus. Das mildert die Sorgen um eine geringe Inlandsnachfrage (42 Prozent nach zuvor 56 Prozent). Im Hochbau hingegen rangiert die Inlandsnachfrage nur knapp unter dem Höchststand (60 Prozent nach zuvor 64 Prozent, Höchststand). Im Dienstleistungssektor ist die Sorge vor rückläufiger Nachfrage am geringsten ausgeprägt, wenngleich auch hier die Hälfte der Betriebe dieses Risiko nennt (51 Prozent nach zuvor 53 Prozent).

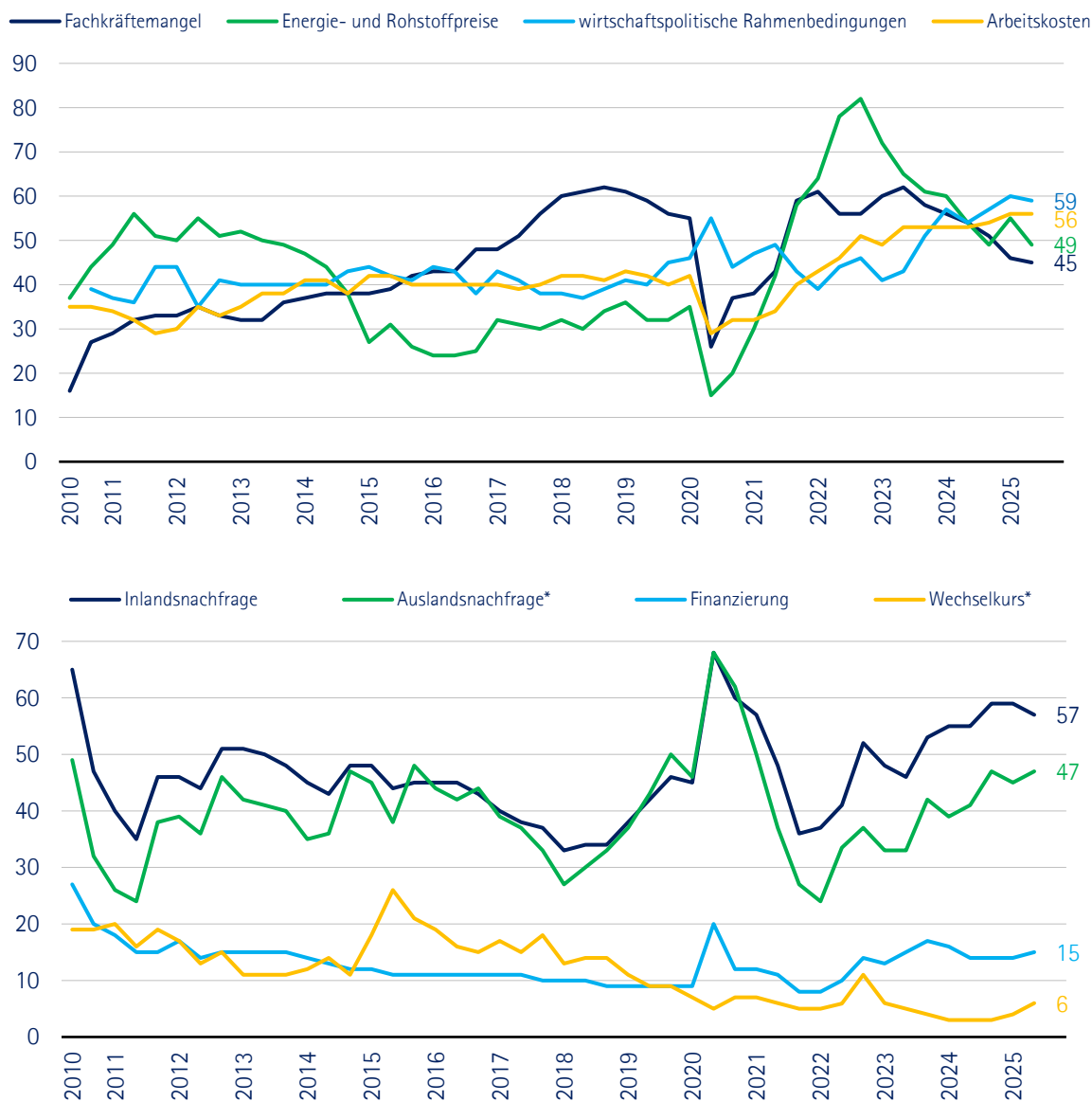
Am dritthäufigsten werden erneut die **Arbeitskosten** als Geschäftsrisiko genannt. Der Wert verharrt auf dem Höchststand von 56 Prozent. In allen vier Wirtschaftszweigen ist mehr als jedes zweite Unternehmen über die Entwicklung der Arbeitskosten besorgt. In der Industrie sind es sogar 59 Prozent. Dahinter verbergen sich nicht nur die allgemeinen Lohnsteigerungen im Zuge der zwischenzeitlich hohen Inflationsraten. Auch die demografisch bedingten Arbeitskräfteengpässe lassen Fachkräfte knapper und damit teurer werden. Hinzu kommen die steigenden Belastungen der Sozialversicherungen. Besonders in personalintensiven Branchen wie dem Gastgewerbe sind Personalkosten häufig ein Problem. Fast vier von fünf Betriebe (77 Prozent nach zuvor 73 Prozent) nennen es als Risiko. Dabei spielt auch die Diskussion um den Mindestlohn eine große Rolle. Gastgewerbliche Betriebe, die von der Option von Freitextantworten Gebrauch gemacht haben, nennen zu 15 Prozent den Mindestlohn als Risiko. In der Umfrage zu Jahresbeginn waren es lediglich fünf Prozent.

Nach Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine vor etwas mehr als drei Jahren waren die **Energie- und Rohstoffpreise** lange Zeit für die Breite der deutschen Wirtschaft das größte Geschäftsrisiko. Noch immer liegen die Gas- und Strompreise deutlich über dem Vorkrisenniveau, sind jedoch im Vergleich zum Jahresbeginn etwas zurückgegangen. Besonders der Ölpreis liegt derzeit auf dem niedrigsten Niveau seit 2021. Der Anteil der Unternehmen, die Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko nennen, ist daher von 55 Prozent auf 49 Prozent gesunken. Dort, wo Energie zu den großen Kostenblöcken gehört, wie z. B. in der energieintensiven Industrie, liegt der Anteil noch immer auf einem hohen Niveau (71 Prozent nach zuvor 76 Prozent).

Die langanhaltende wirtschaftliche Schwächephase kommt fortwährend auch auf dem Arbeitsmarkt an. Zwar sorgt die demografische Entwicklung dafür, dass selbst in der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Phase der **Fachkräftemangel** für viele Unternehmen eine Herausforderung bleibt, jedoch nimmt der Druck aktuell weiter ab. Unter dem Strich bekundet fast jedes zweite Unternehmen (45 Prozent nach zuvor 46 Prozent) Fachkräftemangel als ein Geschäftsrisiko – welches auch genau dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Angesichts des demografischen Wandels wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine strukturelle Herausforderung für die Unternehmen bleiben.

Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; *Export-Industrie



Im Baugewerbe ist der Fachkräftemangel, wie bereits in den letzten Umfragen, das am häufigsten genannte Risiko. Trotz schwacher Baukonjunktur klagen knapp zwei Drittel der Betriebe (64 Prozent nach zuvor 59 Prozent) über fehlendes qualifiziertes Personal.

Der Anteil der Unternehmen, die im Zugang zur **Finanzierung** einen Risikofaktor sehen, steigt leicht von 14 auf 15 Prozent. Der langjährige Durchschnitt liegt bei 13 Prozent. Überdurchschnittlich hoch ist das Risiko weiterhin in den Branchen, die besonders von den hohen Bauzinsen betroffen sind (Immobilienwirtschaft: 37 Prozent nach zuvor 34 Prozent; Hochbau: 31 nach zuvor 25 Prozent), sowie bei den Energieversorgern (36 Prozent nach zuvor 35 Prozent).

Wechselkursrisiken spielen für die exportierenden Industrieunternehmen derzeit nur eine untergeordnete Rolle. Zwar ist das Risiko aufgrund der aggressiven US-Zollpolitik am aktuellen Rand etwas gestiegen, aber mit sechs Prozent (nach zuvor drei Prozent) spielt die Angst vor Wechselkursschwankungen nur eine untergeordnete Rolle für deutsche Exporteure.

TOP-Geschäftsrisiken nach Wirtschaftszweigen

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	65% (70%) Inlandsnachfrage	64% (59%) Fachkräftemangel	68% (68%) Inlandsnachfrage	58% (59%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
2.	62% (63%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	58% (54%) Arbeitskosten	59% (62%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	55% (54%) Arbeitskosten
3.	59% (60%) Arbeitskosten	56% (57%) Energie- und Rohstoff- preise	55% (57%) Arbeitskosten	50% (51%) Inlandsnachfrage
4.	59% (66%) Energie- und Rohstoff- preise	53% (58%) Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	50% (56%) Energie- und Rohstoff- preise	47% (49%) Fachkräftemangel
5.	47% (45%) Auslandsnachfrage	52% (58%) Inlandsnachfrage	40% (42%) Fachkräftemangel	44% (49%) Energie- und Rohstoff- preise

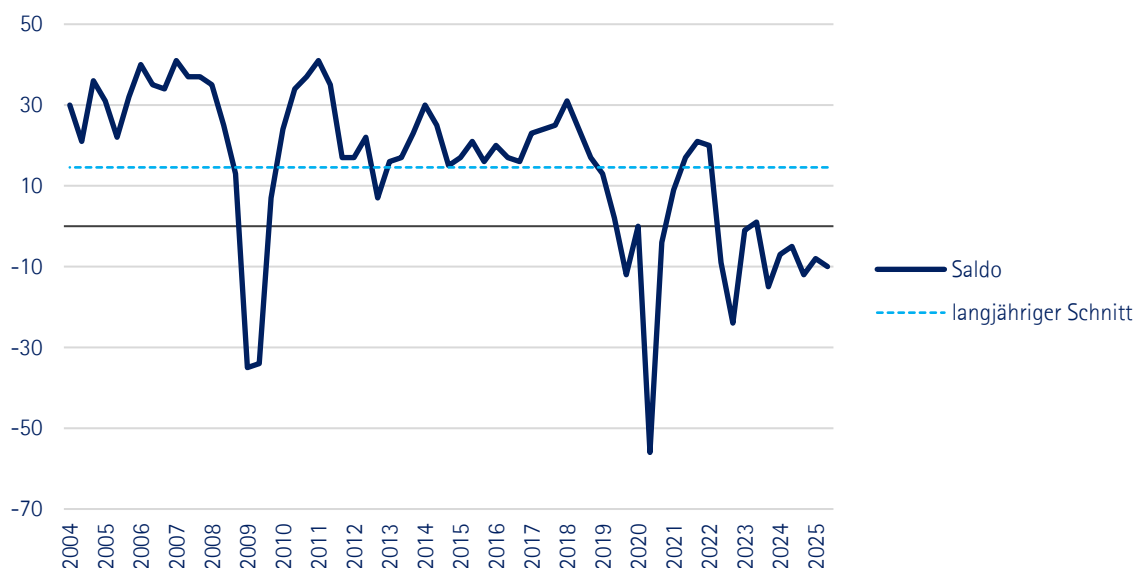
Exporterwartungen der Industrieunternehmen

Die deutsche Industrie verliert international an Boden und ist mit einer international schwierigen und unsicheren Gemengelage konfrontiert. Der Umbruch der internationalen Wirtschaftsordnung und bisherigen handelspolitischen Regeln treffen die exportorientierte deutsche Industrie hart. Insbesondere die Zollvorhaben der US-Administration belasten die globalen Handelsbeziehungen und versetzen nicht nur dem globalen Wachstum, sondern auch den deutschen Exportaussichten einen Dämpfer.

So rechnen 29 Prozent der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten mit sinkenden Ausfuhren (Jahresbeginn 2025: 28 Prozent), nur etwa jedes fünfte Unternehmen (19 Prozent nach zuvor 20 Prozent) erwartet eine Steigerung. Knapp mehr als die Hälfte der Unternehmen (52 Prozent) erwartet ein stabiles Auslandsgeschäft. Der Saldo aus höheren und geringeren Exporterwartungen verschlechtert sich von minus acht Punkten in der Vorumfrage auf minus zehn Punkte. Die aktuellen Einschätzungen zum Exportgeschäft liegen somit unter dem Vorjahreswert (minus fünf Punkte) und weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 15 Punkten.

Exporterwartungen der Unternehmen

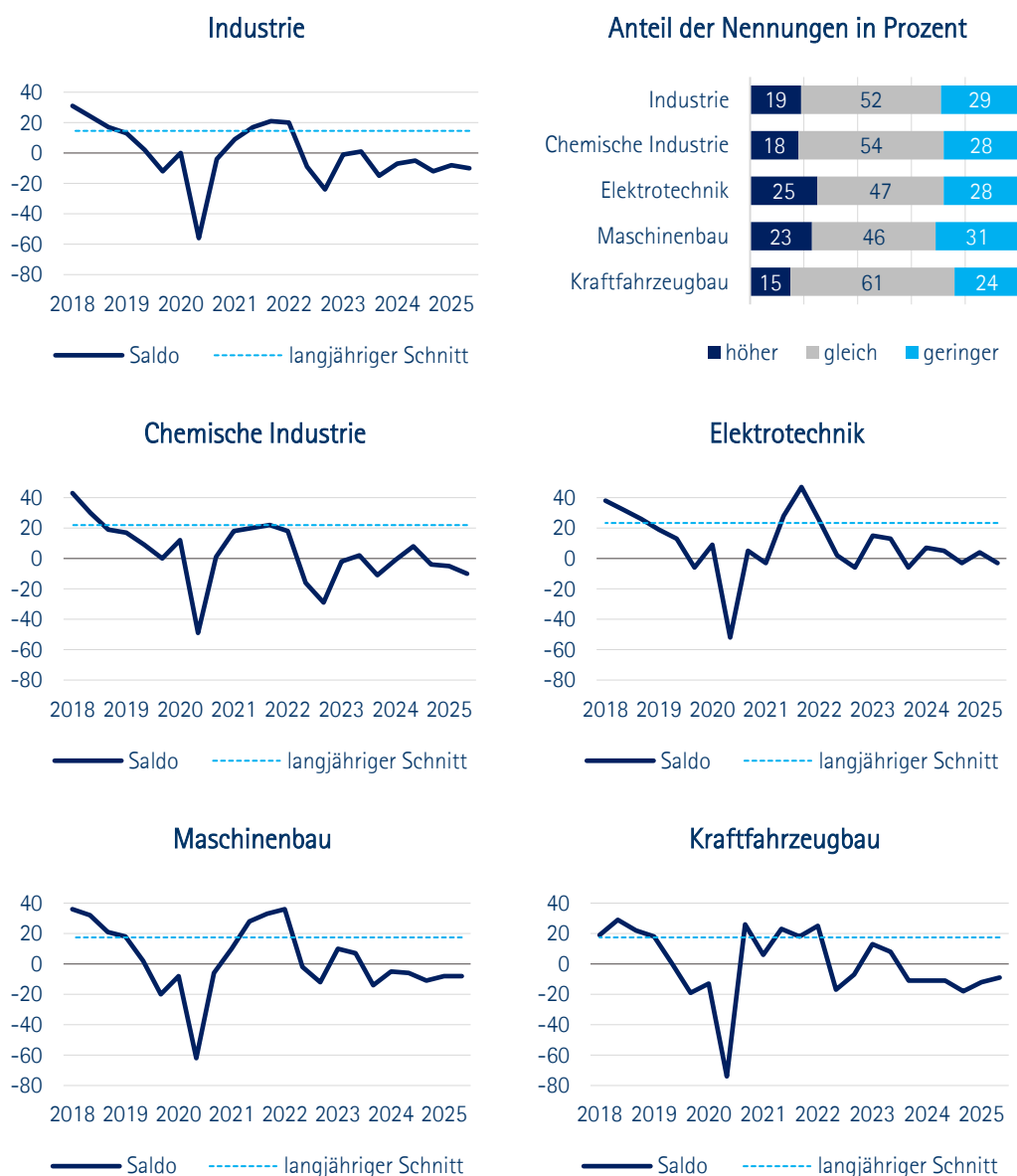
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Im Vergleich zum Jahresbeginn trüben sich die Exporterwartungen über alle Größenklassen hinweg ein. Für Unternehmen bis zu 20 Beschäftigten verschlechtert sich der Saldo erneut von minus 19 auf minus 21 Punkte, bei Betrieben mit 20 bis 200 Beschäftigten sinken die Exporterwartungen von minus 13 auf minus 14 Saldopunkte und bleiben damit ebenfalls weiter negativ. Auch die Erwartungen der Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten verlieren im Vergleich zum Jahresbeginn: Der Saldo liegt bei minus zwei nach zuvor null Punkten. Lediglich große Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten rechnen überwiegend mit einem Exportwachstum, wenngleich sich auch hier die Aussichten eintrüben (Saldo von plus neun nach zuvor 13 Punkten).

Exporterwartungen der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Das weltweit schleppende Wachstum schafft kaum Impulse für die deutsche Exportindustrie. Die Unternehmen in Deutschland stehen vor massiven strukturellen Herausforderungen im Inland und großer handelspolitischer Unsicherheit im Ausland. Im Vergleich der industriellen Hauptgruppen bleiben **Vorleistungsgüterproduzenten** pessimistischer hinsichtlich ihrer Exporterwartungen. Einen Exportzuwachs erwarten 16 Prozent der Unternehmen (nach zuvor 17 Prozent). Immer noch rechnen 29 Prozent (nach zuvor 30 Prozent) mit geringeren Ausfuhren. Der Saldo verharrt bei minus 13 Punkten. Dabei ist in der **Chemischen Industrie** eine merkliche Verschlechterung der Exporterwartungen zu beobachten. Der Saldo sinkt von minus fünf auf minus zehn Punkte und liegt weit unter dem langjährigen Schnitt von plus 22 Punkten. Geringfügig schlechter als in der Vorumfrage prognostizieren Unternehmen in der **Gummi- und Kunststoffindustrie** ihre Ausfuhren. Der Saldo liegt mit minus 15 nach zuvor minus 14 Punkten auch hier weiter im negativen Bereich. Bei Betrieben der **Metallerzeugung und -bearbeitung** hingegen nimmt der Pessimismus ab: Sie korrigieren ihre Erwartungen für das Auslandsgeschäft im Vergleich zum Jahresbeginn deutlich nach oben, wenngleich diese unter dem Strich weiterhin negativ bleiben. Der Saldo steigt von minus 29 auf minus 19 Punkte. Angesichts der angekündigten Milliardeninvestitionen in die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auch im europäischen Ausland gibt es in der Metallindustrie eine etwas bessere Auftragsperspektive.

Die Exporterwartungen der **Investitionsgüterproduzenten** trüben sich im Vergleich zum Jahresbeginn weiter ein. 22 Prozent der Unternehmen erwarten steigende Exporte (zuvor 23 Prozent), 29 Prozent rechnen mit geringeren Ausfuhren (28 Prozent). Der Exportsaldo aus höheren und geringeren Erwartungen verschlechtert sich von minus fünf auf minus sieben Punkte. Besonders bei **Herstellern von Elektrotechnik** drehen die Einschätzungen zum Auslandsgeschäft ins Negative: Der Saldo reduziert sich von plus vier Punkten zu Jahresbeginn auf aktuell minus drei Punkte. Die Exporterwartungen liegen damit deutlich unter dem langjährigen Schnitt von 24 Saldopunkten. Auch stark spezialisierte **Medizintechnikproduzenten** verlieren sichtlich: Der Saldo stürzt von 19 auf aktuell nur noch zwei Punkte ab. Der langjährige Schnitt beträgt plus 33 Punkte. Die beiden wichtigsten Exportbranchen der deutschen Wirtschaft, Automobilbau und Maschinenbau, zeigen sich vergleichsweise stabil. Die Exporte in den EU-Binnenmarkt ziehen trotz oder gerade wegen der internationalen Verunsicherung aufgrund der veränderten Handelspolitik der USA etwas an und zeigen sich als stabile Zielregion. Der Saldo bei den **Kraftfahrzeugbauern** verbessert sich ggü. der Vorumfrage um drei Punkte auf aktuell minus neun Punkte. Das sind zwei Punkte mehr als noch vor einem Jahr, aber deutlich weniger als der langjährige Durchschnitt der Branche von plus elf Punkten. Unternehmen im **Maschinenbau** bleiben im Vergleich zur Vorumfrage unverändert pessimistisch: Der Saldo bleibt bei minus acht Punkten (Vorjahr: minus sechs Punkte). Die Exporterwartungen des Maschinenbaus liegen damit aber ebenfalls deutlich unter dem langjährigen Schnitt (plus 17 Punkte).

Im Bereich der **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** brechen die Exporterwartungen regelrecht ein. Die weltweite Verunsicherung schlägt sich hier deutlich nieder. Die Erwartungen der Konsumgüterhersteller rutschen im Saldo von plus zwei auf minus neun Punkte ab. Die **Pharmazeutische Industrie** rechnet zwar noch immer mit einer per Saldo Zunahme ihrer Ausfuhren, wenngleich deutlich weniger als noch zuvor. Der Saldo geht von 51 auf 31 Punkte zurück und liegt jetzt wieder unter seinem langjährigen Schnitt von 33 Punkten. Die weitreichenden Folgen der US-Zölle zeigen sich hier besonders deutlich – vor allem aufgrund des hohen Exportanteils in die Vereinigten Staaten. Im Vergleich zum Vorjahr verbessern sich die Exporterwartungen der Pharmazeutischen Industrie dennoch (Vorjahr: 13 Punkte).

Investitionsabsichten der Unternehmen

Die Unternehmen zeigen sich bei ihren Investitionsabsichten im Inland weiterhin zurückhaltend. Während nur 24 Prozent der Betriebe mit erhöhten Investitionen planen, geben 31 Prozent an, Investitionen verringern zu wollen. Der resultierende Saldo von minus sieben Punkten bedeutet eine Verbesserung gegenüber Jahresbeginn (minus zehn Punkte), bleibt aber weiterhin deutlich unter dem langjährigen Schnitt (plus drei Punkte). Die Investitionen kommen nicht in Schwung.

Die Unternehmen sorgen sich um die inländische und ausländische Nachfrage und sehen die Geschäftsrisiken Energie- und Rohstoffpreise sowie Arbeitskosten als beträchtliche Investitionshemmnisse. Unternehmen, die sowohl in der Inlands- als auch Auslandsnachfrage ein Geschäftsrisiko sehen, weisen mit minus 19 bzw. minus 21 Punkten abermals einen deutlich geringeren Investitionssaldo auf als der Schnitt der gesamten Wirtschaft (minus sieben Punkte). Unternehmen, die sich um ihre Geschäfte aufgrund der Energie- und Rohstoffpreise und der Arbeitskosten sorgen, haben mit minus 14 bzw. minus 13 Punkten niedrigere Investitionspläne für den heimischen Standort im Vergleich als die Gesamtwirtschaft.

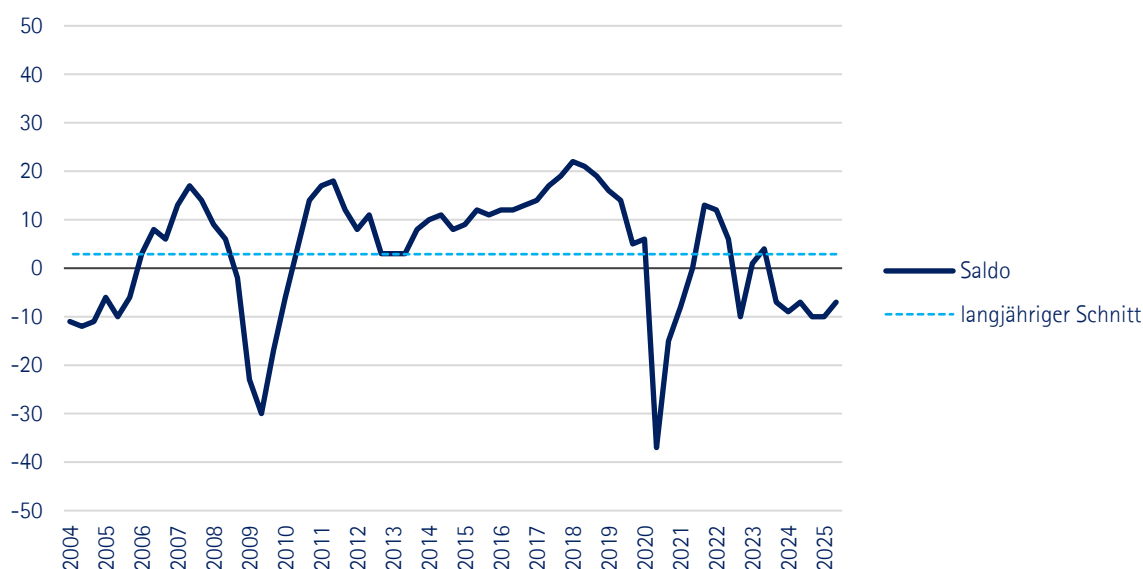
Abermals zeigen sich die großen Unternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) in ihren Investitionsplänen am expansivsten: Während ein Drittel mit steigenden Investitionen plant, wollen hier 22 Prozent weniger investieren. Der resultierende Saldo von elf Punkten legt gegenüber der Vorumfrage um sechs Punkte zu. Kleine und mittlere Unternehmen bis 200 Mitarbeiter bleiben spürbar restriktiver. Sie sind mit minus neun Saldopunkten zurückhaltender als der Schnitt der Gesamtwirtschaft.

Bei den Investitionsmotiven gibt es bis auf die Kapazitätserweiterungen keine Veränderungen gegenüber der Vorumfrage. Die häufigsten Beweggründe bleiben der Ersatzbedarf (67 Prozent), die Rationalisierung (33 Prozent) und Produktinnovationen (28 Prozent). Aus Gründen der Kapazitätserweiterung wollen aber nur 19 Prozent der Unternehmen investieren (zuvor 20 Prozent). Das ist der zweitniedrigste Wert in der Konjunkturumfrage, lediglich im Herbst 2003 spielt das Motiv der Kapazitätsausweitung eine noch geringere Rolle (15 Prozent). Die schwache Konjunktur, strukturelle Herausforderungen am Standort und geopolitische Unsicherheiten lassen Unternehmen bei der Ausweitung ihrer Kapazitäten Vorsicht walten.

In der Industrie holen die Investitionspläne zwar stärker auf als in der Gesamtwirtschaft (Saldoverbesserung um fünf Punkte; Gesamtwirtschaft: drei Punkte). Sie bleiben mit ihrem Saldo (minus 12 Punkte) jedoch unter dem Schnitt der Gesamtwirtschaft und weit unter dem langjährigen Mittel (plus fünf Punkte).

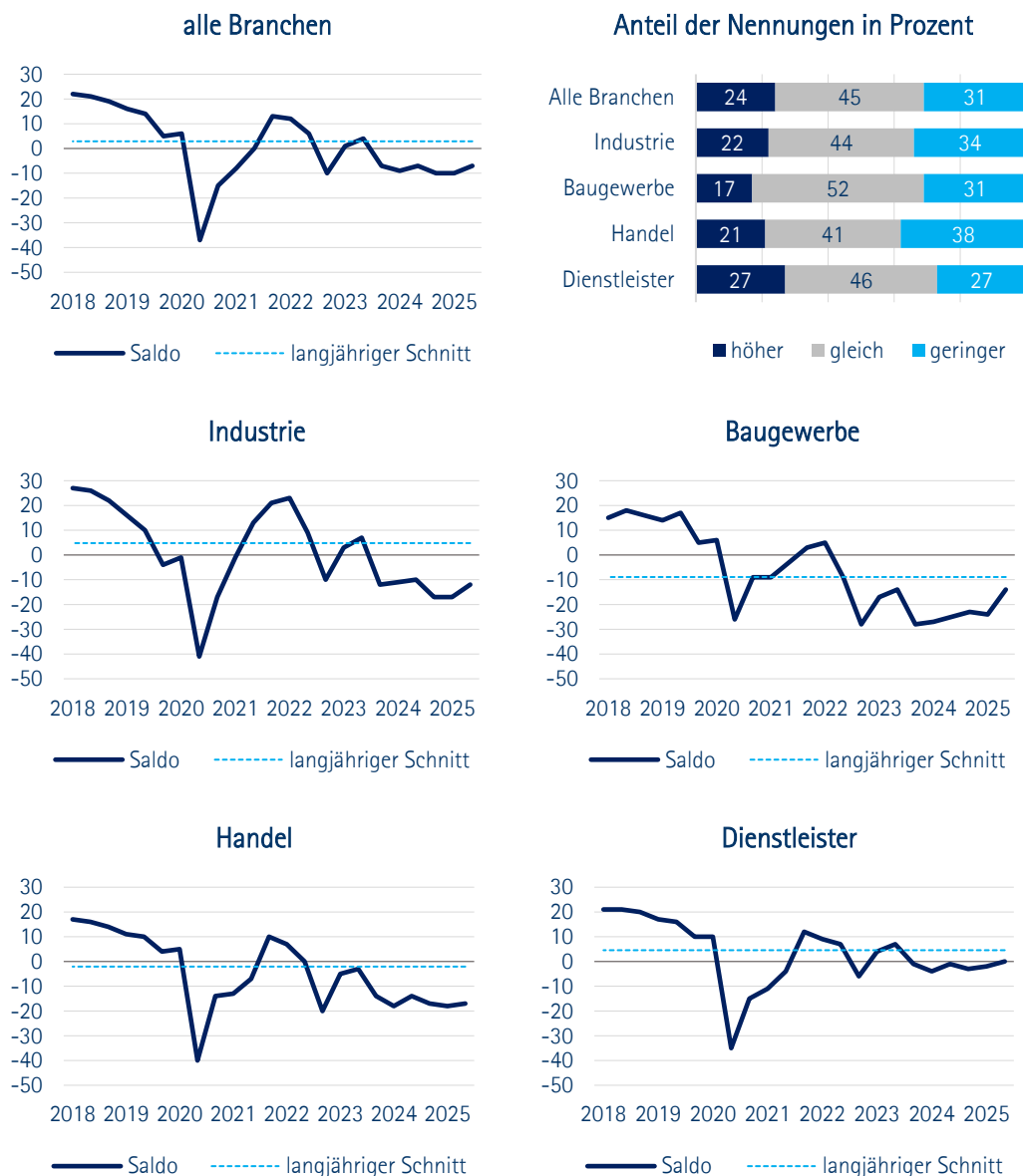
Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Verbesserungen zeigen sich etwa im Fahrzeugbau (minus acht nach minus 27 Punkten), in der Elektrotechnik (minus elf nach minus 19 Punkten), in der Gummi- und Kunststoffindustrie sowie im Maschinenbau (jeweils minus 16 nach minus 22 Punkten) oder bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (minus 24 nach minus 31 Punkten).

Weitere Abstriche bei den Investitionsplänen nehmen das Papier- und Druckgewerbe (minus zehn nach minus sechs Punkten bzw. minus 29 nach minus 19 Punkten) sowie die Möbelhersteller (minus 26 nach minus 18 Punkten) vor. Expansivere Investitionspläne als die Gesamtwirtschaft weisen hingegen die Chemische Industrie (drei nach minus drei Punkten) auf, die Pharmazeutische Industrie (27 nach 35 Punkten) sowie der sonstige Fahrzeugbau (20 nach acht Punkten). Bei letzterem dürften sich auch erhöhte Ausgaben für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik niederschlagen.

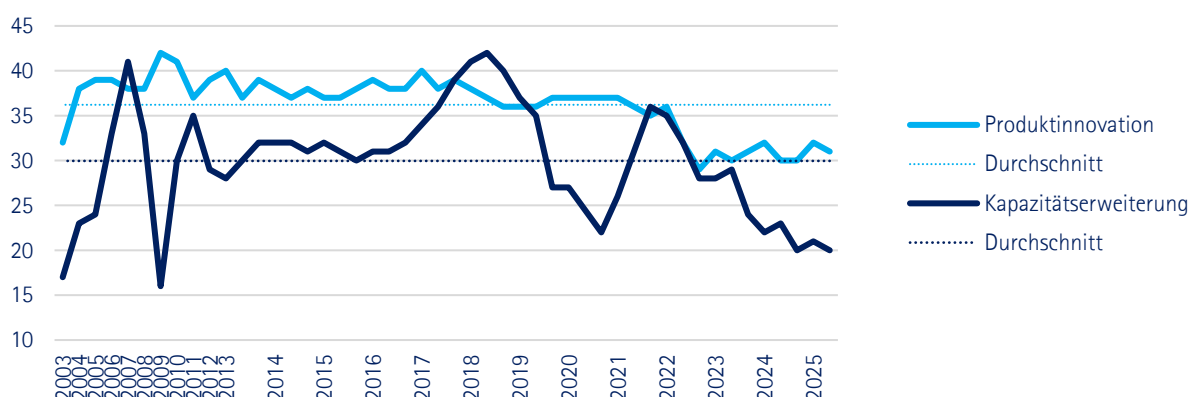
Bei den Investitionsmotiven zeigt sich, dass etwas mehr Industriebetriebe als noch zu Jahresbeginn in den Ersatzbedarf investieren wollen (68 nach 67 Prozent), während die Nennungen bei den anderen Motiven leicht zurückgehen, wie z.B. bei den Produktinnovationen (31 nach 32 Prozent) oder bei der Kapazitätserweiterung (20 nach 21 Prozent). Mit mehr Innovationsimpulsen planen die Hersteller von Kfz-Teilen und -Zubehör (47 nach 46 Prozent), die elektrischen Ausrüster (44 nach 37 Prozent) und der hochwertige Maschinenbau (42 nach 40 Prozent). Auch die Medizintechniker (43 nach 51 Prozent), die Kfz-Bauer (42 nach 47 Prozent) sowie Pharmaunternehmen (38 nach 39 Prozent) wollen häufiger

als der Schnitt der Industrie in den kommenden 12 Monaten in Produktinnovationen investieren, allerdings auf geringerem Niveau als noch zu Jahresbeginn.

In den Kapazitätsausbau wollen besonders der Sonstige Fahrzeugbau (40 nach 35 Prozent), die Gummi- und Kunststoffindustrie (22 nach 20 Prozent) sowie Abwasserentsorgung und Abfallbeseitigung (22 nach 20 Prozent) investieren. Ihre Geschäftserwartungen sind mit minus drei Punkten, minus fünf und minus sieben Punkten auch etwas besser als in der Industrie insgesamt (minus acht Punkte).

Investitionsmotiv Kapazitätsausweitung und Produktinnovation in der Industrie

(Anteil in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2003 bis 2012 Befragung jährlich, ab 2012 3x jährlich)



Hauptmotive für Investitionen im Inland

(in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Durchschnitt seit 2003)

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
Alle Branchen	33 (33)	28 (28)	19 (20)	21 (21)	67 (67)
Industrie	42 (43)	31 (32)	20 (21)	26 (28)	68 (67)
Baugewerbe	22 (22)	18 (16)	21 (17)	17 (19)	78 (80)
Handel	33 (34)	23 (24)	17 (18)	15 (16)	67 (64)
Dienstleistungen	29 (29)	29 (29)	19 (19)	20 (19)	66 (65)

Im Dienstleistungssektor verbessern sich die Investitionspläne etwas (um zwei auf null Punkte). Sie fallen damit erneut deutlich besser aus als in der Gesamtwirtschaft (minus sieben Punkte). Jeweils 27 Prozent der Betriebe wollen Investitionen ausweiten oder kürzen. Expansivere Investitionspläne haben die Dienstleister im Bereich Forschung und Entwicklung (21 nach minus einem Punkt), die Bildungswissenschaft (18 nach minus einem Punkt) sowie die Sicherheitswirtschaft (15 nach minus vier Punkten). Deutliche Kontraktionspläne nehmen allerdings die Zeitarbeitsfirmen (minus 41 nach minus 18 Punkten) und Unternehmensberater (minus 14 nach minus sechs Punkten) vor. Die abnehmende Nachfrage drückt auf die Investitionspläne.

Schlusslicht bei den Investitionsplänen ist der Handel (minus 17 nach 18 Punkten). Nur 21 Prozent wollen ihr Investitionsbudget ausweiten, während 38 Prozent Kürzungen vornehmen müssen. Leicht besser fallen zwar die Investitionspläne im Einzelhandel ohne Kfz aus, allerdings können sie das Niveau vom Jahresbeginn nicht halten (minus 16 nach minus 15 Punkten). Der Kfz-Handel und -Reparatur plant hingegen deutlich expansiver (zwei nach minus neun Punkten). Dabei stehen Ersatzinvestitionen deutlich im Vordergrund (75 nach 70 Prozent, Schnitt Handel: 67 Prozent). Hier dürften sich auch die deutlich verbesserten Geschäftserwartungen dieser Branche (minus 18 nach minus 28 Punkten, Schnitt Handel: minus 20 Punkte) bemerkbar machen.

Im Vergleich der Wirtschaftszweige schraubt das Baugewerbe seine Investitionspläne am stärksten nach oben (auf minus 14 nach minus 24 Punkte). 17 Prozent planen ihr Investitionsbudget zu erhöhen, 31 Prozent rechnen mit Kürzungen. Mehr als der Schnitt im Baugewerbe wollen vor allem der Tiefbau (minus zwei nach minus 13 Punkten) sowie das Ausbaugewerbe (minus 13 nach minus 20 Punkten) investieren. In diesem Sektor machen sich sowohl das saisonale Geschäft als auch die erwartete höhere Nachfrage im öffentlichen Bereich positiv bemerkbar.

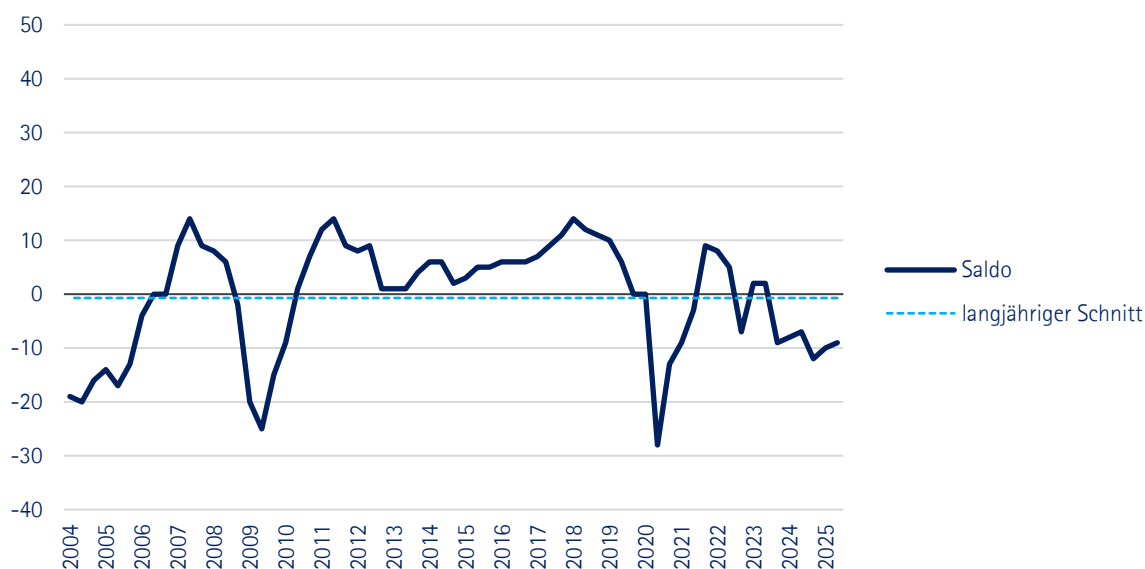
Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Die verbesserten Geschäftserwartungen der Unternehmen machen sich bei den Beschäftigungsplänen allenfalls schwach bemerkbar. 13 Prozent planen ihren Personalbestand ausweiten, während 22 Prozent von einem Rückgang ausgehen. Der Saldo liegt damit bei minus neun Punkten. Gegenüber der Vorumfrage zum Jahresbeginn bedeutet dies eine geringfügige Zunahme um einen Punkt, mit Blick auf den Herbst 2024 ist es ein Plus um drei Punkte. Verglichen mit dem Frühsommer 2024 ist der Saldo jedoch zwei Punkte geringer. Auch hinsichtlich des langjährigen Schnitts (minus ein Punkt) zeigt sich die aktuelle Zurückhaltung bei den Einstellungsabsichten der Betriebe.

Neben der schwachen Wirtschaftsentwicklung und der erheblichen Unsicherheiten (wie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, geopolitische Risiken, Entwicklungen im Welthandel) stehen häufig auch die hohen Arbeitskosten einem Beschäftigungsaufbau im Wege. Letztere haben sich mehr und mehr zum bedeutenden Geschäftsrisiko entwickelt (56 Prozent) – gerade in personalintensiven Branchen. Von den Unternehmen, die mit weniger Personal planen, sehen sogar 69 Prozent der Unternehmen in den Arbeitskosten ein Geschäftsrisiko – folglich deutlich mehr als in der Gesamtwirtschaft (56 Prozent). Nicht zuletzt die Diskussion um den Mindestlohn und dessen mögliche merkliche Heraufsetzung seitens der Politik verunsichern viele Unternehmen und lassen sie hinsichtlich ihrer Personalpläne vorsichtig agieren. Nicht nur die vom Mindestlohn direkt betroffenen Löhne, sondern auch der durch eine Erhöhung erzeugte Druck auf höhere Lohngruppen und damit auf das Lohngefüge insgesamt spielen hierbei eine Rolle.

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

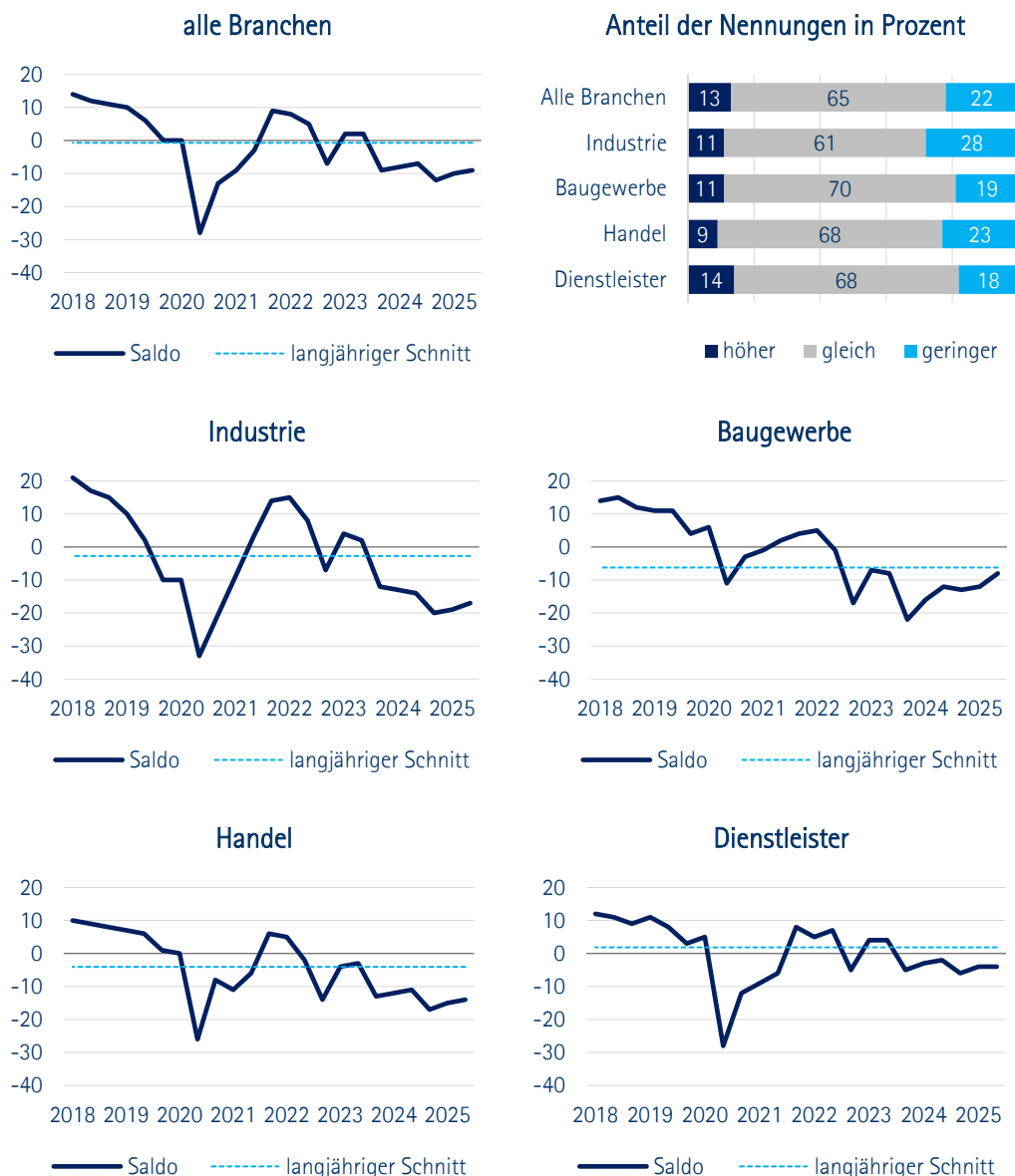
(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



In der **Industrie** stehen die Zeichen weiterhin auf Beschäftigungsabbau. Trotz einer leichten Verbesserung des Saldos um zwei auf minus 17 Punkte gegenüber der Vorumfrage bleibt dieser Wirtschaftszweig im Vergleich der Wirtschaftszweige das Schlusslicht. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Pläne noch einmal verringert (minus 14 Punkte im Frühsommer 2024).

Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus höher minus geringer-Antworten, langjähriger Durchschnitt seit 2003)



Besonders angespannt bleibt die Beschäftigungsentwicklung in wichtigen Kernbereichen der deutschen Industrie. Im Maschinenbau verringern sich die Pläne von minus 18 auf minus 20 Punkte, im Werkzeugmaschinenbau planen nur noch drei Prozent der Unternehmen mit mehr Personal (54 Prozent gehen dagegen von Abbau aus). Im Kraftfahrzeugbau hellen sich die Pläne zwar leicht auf, liegen aber nach wie vor klar im negativen Bereich (minus 38 nach minus 46 Punkten). Konjunkturlaute und Strukturwandel, hohe Energiepreise sowie ein schwacher Außenhandel, der zudem von hohen Unsicherheiten geprägt ist, machen sich bemerkbar. Etwas besser ist die Situation in Branchen, die für den Strukturwandel bezüglich Dekarbonisierung und Digitalisierung relevant sind. So haben sich die Einstellungsabsichten bei Herstellern von Elektrotechnik, elektrischen Ausrüstungen sowie von Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen leicht erhöht und liegen jeweils bei minus zehn Punkten (zuvor jeweils minus 14 Punkte).

Mit mehr Beschäftigung planen dagegen die Energieversorger (26 nach zuvor 27 Punkte) sowie die Pharmaindustrie (19 nach zuvor 15 Punkte). Erstere benötigen mit Blick auf die Herausforderungen der Energiewende künftig zusätzliches Personal. Allerdings dürften sich Einstellungen hier mitunter als schwierig erweisen, so sieht jedes zweite dieser Unternehmen im Fachkräftemangel ein Geschäftsrisiko, während dieser Wert industrieweit „nur“ bei 39 Prozent liegt.

Im **Baugewerbe** steigen die Einstellungsabsichten weiter etwas an. Die Beschäftigungspläne liegen mit per Saldo minus acht Punkten nur noch knapp unter ihrem langjährigen Schnitt (minus sechs Punkte). Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich ein Plus von vier Punkten. Der Tiefbau steht mit minus drei Punkten am besten da (nach minus sieben Punkten in der Vorumfrage). Gerade das von der neuen Bundesregierung für die kommenden Jahre geplante Sondervermögen für Infrastrukturinvestitionen dürfte die Nachfrage nach Tiefbauleistungen und entsprechendem Personal steigern. Fehlende Arbeits- und Fachkräfte sind aber auch im Bau ein Engpassfaktor – dort liegt der Anteil der Unternehmen, für die der Fachkräftemangel ein bedeutendes Geschäftsrisiko ist, mit 64 Prozent deutlich über dem Schnitt der Wirtschaft insgesamt (45 Prozent).

Die Einstellungsabsichten der **Dienstleister** verharren mit minus vier Saldopunkten auf dem Niveau der Vorumfrage, was im Vorjahresvergleich einen Rückgang um zwei Punkte bedeutet. 14 Prozent wollen ihren Personalbestand ausweiten, 18 Prozent rechnen mit einem Abbau. Im Zuge voranschreitender Digitalisierung sowie der Verbreitung von Künstlicher Intelligenz (KI) in vielen Anwendungsbereichen wollen u.a. IT-Dienstleister sowie Programmierer die Beschäftigung ausweiten (Saldo jeweils zehn Punkte). Auch im F&E-Bereich (Saldo 22 Punkte) und bei Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung (Saldo 18 Punkte) sind die Einstellungspläne positiv. Ebenso planen die Gesundheits- und Sozialdienstleister mit mehr Mitarbeitenden (Saldo 17 Punkte), was eine Folge der zunehmenden Nachfrage nach Pflegeleistungen im Alter sowie bei der Kinderbetreuung ist.

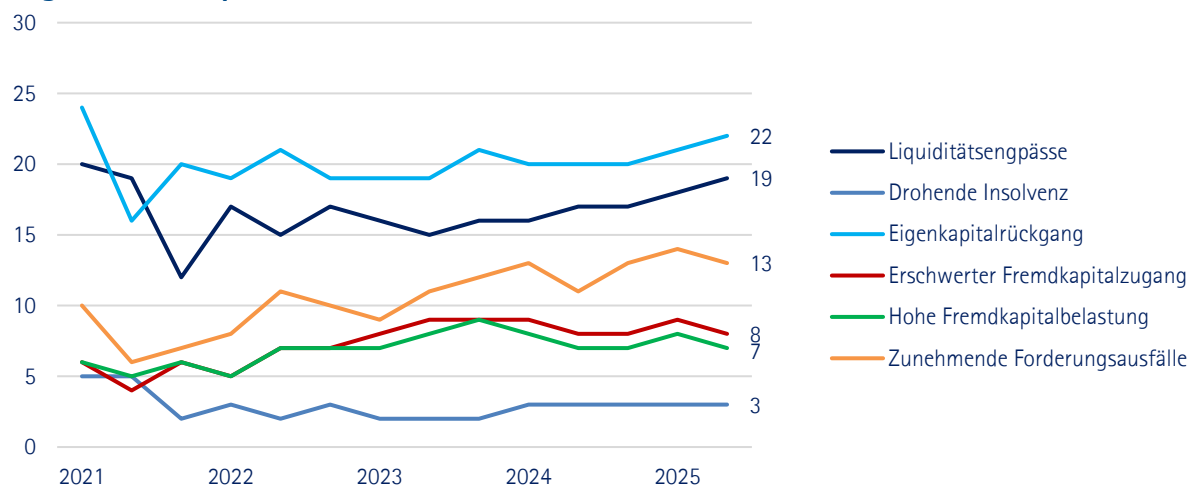
Restriktive Personalplanungen herrschen u.a. im Gastgewerbe (Saldo minus 17 Punkte) sowie im Straßengüterverkehr (Saldo minus 21 Punkte) vor. Hohe Arbeitskosten, die infolge einer potenziellen Mindestlohnsteigerung noch weiter an Gewicht gewinnen, dürften hier einen besonders großen Einfluss haben. So sehen im Gastgewerbe 77 Prozent (Vorumfrage 73 Prozent) und bei den Straßengüterverkehrsdienstleistern 66 Prozent (Vorumfrage 65 Prozent) in den Arbeitskosten ein dominierendes Geschäftsrisiko.

Im **Handel** bleiben die Beschäftigungspläne im negativen Bereich und nahezu unverändert. Während neun Prozent der Betriebe mit mehr Personal planen, gehen 23 Prozent von einem Rückgang aus (Saldo: minus 14 nach zuvor minus 15 Punkte). Die Konsumzurückhaltung stellt dort eine große Herausforderung dar. Für 68 Prozent der Handelsbetriebe ist die Inlandsnachfrage ein erhebliches Geschäftsrisiko – gesamtwirtschaftlich liegt dieser Wert bei 57 Prozent.

Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

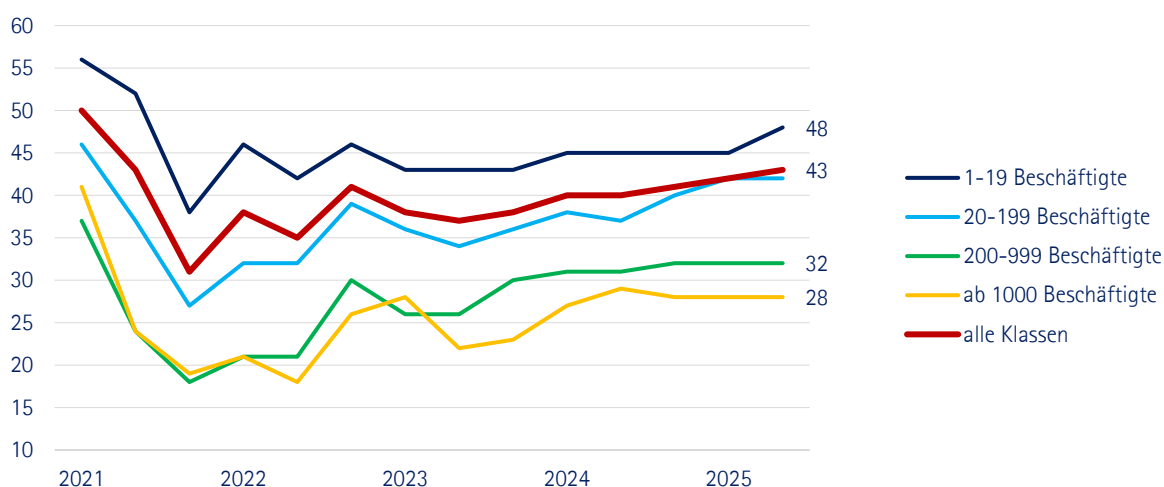
Die nun schon viele Monate schleppende Konjunktur nagt zunehmend an der Finanzlage der Unternehmen: Nunmehr 43 Prozent der Unternehmen schätzen ihre Finanzlage als problematisch ein, ein Prozentpunkt mehr als zu Jahresbeginn. Das ist die schlechteste Bewertung nach dem Ende der Corona-Pandemie und dem Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Diese Verschlechterung erstreckt sich auf alle Branchen, am deutlichsten ist sie aber im Bau mit einem Rückgang von drei Prozentpunkte (37 nach zuvor 34 Prozent) spürbar.

Folgende Finanzprobleme belasten die Unternehmen (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



Im Vordergrund steht nach wie vor der Eigenkapitalrückgang (22 nach zuvor 21 Prozent). Der Anteil von Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten, ist mit 19 nach zuvor 18 Prozent ebenfalls sehr beachtlich. Nahezu unverändert bleibt in der Breite der Wirtschaft der Anteil der Unternehmen, die sich Forderungsausfällen gegenübersehen (13 nach zuvor 14 Prozent). Die sinkenden Zinsen tragen mit dazu bei, dass der Anteil der Betriebe, deren Bilanzen bereits durch eine hohe Verschuldung belastet sind, leicht von acht auf sieben Prozent zurückgeht. Über einen erschwerten Zugang zu Bankfinanzierung berichten acht Prozent der Unternehmen (zuvor neun Prozent). Die Anzahl der Unternehmen, die sich von Insolvenz bedroht sehen, bleibt mit drei Prozent unverändert.

Anteil der Unternehmen mit problematischer Finanzlage nach Beschäftigtengrößenklasse (in Prozent)



Bezogen auf die Unternehmensgröße weisen kleinere Unternehmen immer eine kritischere Finanzlage auf als größere. Während sich die Finanzlage bei den Großunternehmen (mehr als 1.000 Beschäftigte) stabilisiert hat und hier weiterhin 28 Prozent dieser Betriebe mindestens ein Problem bei ihrer Finanzlage melden, verschlechtert

sich die Lage bei den kleinen Unternehmen (1-19 Beschäftigte) am deutlichsten. Angesichts der langandauernden schwierigen Konjunktur und spezifischer, struktureller Nachteile im Finanzierungszugang sind sie am stärksten von einer schlechten Finanzlage betroffen. Fast jedes zweite Unternehmen (48 nach zuvor 45 Prozent) bewertet die eigene Finanzierungssituation kritisch. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (26 Prozent) und Liquiditätsengpässe (22 Prozent) sind für die kleinen Unternehmen eine akute Herausforderung.

Die kritische Bewertung der Finanzlage in der Industrie hat sich auf hohem Niveau verstetigt. Während sich die Finanzierungslage im Maschinenbau (41 nach 42 Prozent) leicht und im Kraftfahrzeugbau (41 nach 51 Prozent) merklich verbessert hat, berichten Unternehmen der Chemischen Industrie und Hersteller von elektrischen Ausrüstungen von einer Verschlechterung (39 Prozent nach zuvor 36 Prozent bzw. 35 nach zuvor 32 Prozent).

In der Bauwirtschaft werden die Finanzierungsbedingungen etwas besser als in der Industrie eingeschätzt, wenngleich auch hier einzelne Schwierigkeiten sogar zunehmen. Das liegt am Tiefbau. Deutlich mehr Unternehmen als in der Vorumfrage (29 nach zuvor 20 Prozent) berichten von Problemen. Mehr Tiefbauer als zu Beginn des Jahres berichten von Liquiditätsengpässen (zwölf nach zuvor fünf Prozent) und einem Eigenkapitalrückgang (elf nach zuvor fünf Prozent). Maßnahmen der Unternehmen wie eine stärkere Fremdkapitalfinanzierung führen zu steigenden Belastungen durch einen hohen Fremdkapitalbestand (zehn nach zuvor vier Prozent). Im Handel und bei den Dienstleistern haben sich parallel zur verschlechterten Geschäftslage auch die Finanzierungslagen verschlechtert (46 Prozent nach 45 Prozent bzw. 44 Prozent nach 42 Prozent). Unter allen Branchen sehen sich die Handelsbetriebe mit den meisten Problemen in der Finanzierung konfrontiert. Forderungsausfälle, Liquiditätsprobleme und Eigenkapitalrückgang bleiben hoch. Die Insolvenzgefahr steigt. Gleiches gilt für etliche Dienstleister.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Unternehmensgrößenklasse, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	1-19 Beschäftigte	20-199 Beschäftigte	200-999 Beschäftigte	ab 1000 Beschäftigte	alle Klassen
Liquiditätsengpässe	22	18	10	7	19
Drohende Insolvenz	4	3	2	1	3
Eigenkapitalrückgang	26	20	13	7	22
Erschwerter Fremdkapitalzugang	8	8	7	9	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	6	8	10	7	7
Zunehmende Forderungsausfälle	12	14	12	11	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	52	58	68	72	57
Unsere Finanzlage ist problematisch	48	42	32	28	43

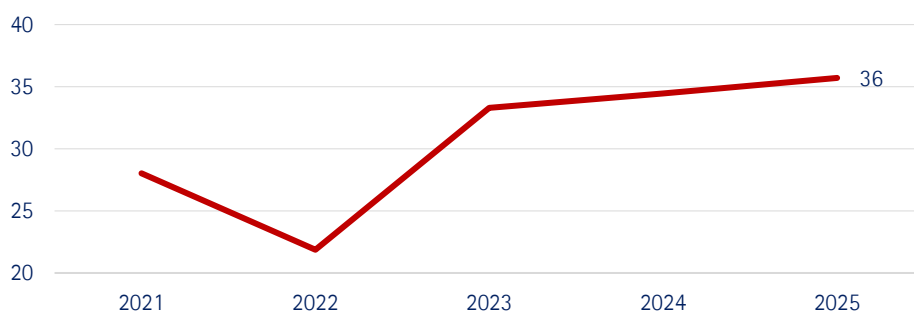
Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...

(Auswertung nach Branche, Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleister	alle Branchen
Liquiditätsengpässe	18	14	19	20	19
Drohende Insolvenz	3	3	3	4	3
Eigenkapitalrückgang	20	19	23	23	22
Erschwerter Fremdkapitalzugang	9	9	8	8	8
Hohe Fremdkapitalbelastung	8	6	8	7	7
Zunehmende Forderungsausfälle	13	13	15	12	13
Unsere Finanzlage ist unproblematisch	58	63	54	56	57
Unsere Finanzlage ist problematisch	42	37	46	44	43

Anteil der Unternehmen, die angeben bei der Finanzierung beeinträchtigt zu sein

(Angaben in Prozent)



Schwierigkeiten bei der Fremdkapitalbeschaffung: Herausforderungen durch hohe Zinsen bleiben bestehen, Dokumentationspflichten nehmen deutlich zu

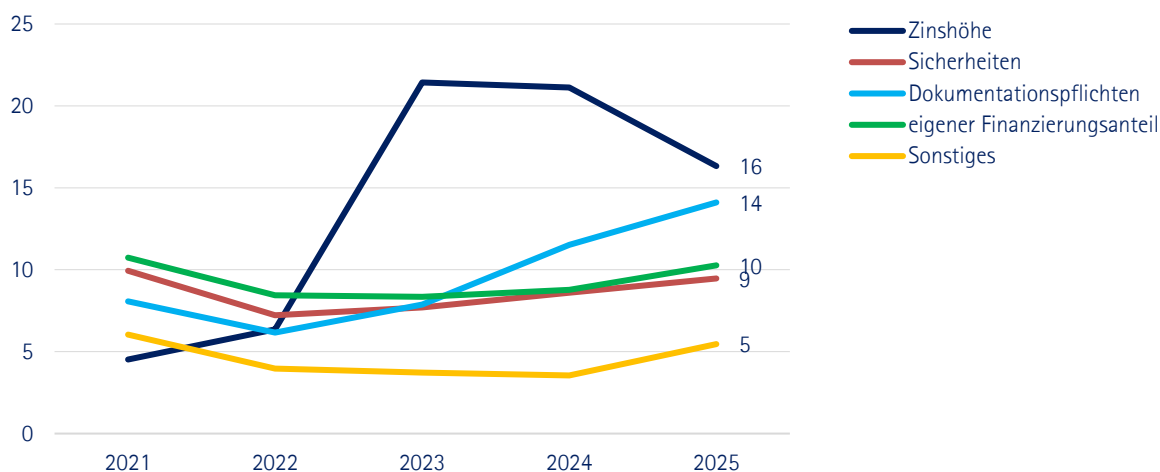
Die von der DIHK im Frühsommer jährlich vorgenommene detaillierte Befragung zu Herausforderungen bei der Fremdkapitalbeschaffung zeigt, dass gut ein Drittel der Unternehmen (36 Prozent) hier Probleme sieht –mehr als im Vorjahr (34 Prozent), und deutlich mehr als noch im Jahr 2022 (22 Prozent).

Die Zinshöhe wird dabei von 16 Prozent der Unternehmen als problematisch angesehen. Noch im Frühsommer 2024, vor den Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank, war dies aber noch bei 21 Prozent der Betriebe der Fall. Der Bereich Verkehr und Lagerei mit seinen langfristigen und zunehmend durch die Transformation getriebenen Investitionen, berichtet von deutlich höheren Belastungen durch die Zinshöhe als die Breite der Wirtschaft (16 Prozent). Hohe Zinsen verteuern die Refinanzierung bestehender Kredite, und neue, kreditfinanzierte Betriebsmittel und Investitionen kosten mehr. Es ist zu befürchten, dass Investitionsvorhaben teilweise unrentabel werden und damit ganz unterbleiben.

Zugenommen hat die Belastung der Unternehmen durch Dokumentationspflichten. Jeder siebte Betrieb sieht sich durch gestiegene Dokumentationspflichten in der Fremdfinanzierung beeinträchtigt (14 Prozent nach zuvor 12 Prozent). Im Kraftfahrzeugbau, eine Branche die viele und hohe Anforderungen der Transformation hinzu Klimaneutralität zu leisten hat, gibt mehr als jeder vierte Betrieb Dokumentationspflichten als Belastung bei der Fremdkapitalbeschaffung an (26 Prozent nach zuvor 20 Prozent).

Durch die seit langem schwelende schwierige Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation hat in der Breite der Wirtschaft jedes zehnte Unternehmen Schwierigkeiten, seinen eigenen Finanzierunganteil einzubringen. Jeder elfte Betrieb hat Probleme mit der Sicherheitenstellung – auch das ist ein Höchstwert seit Ende der Corona-Krise.

Für Unternehmen, deren Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt ist, spielen folgende Aspekte eine Rolle (Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich)



DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2023	2024	DIHK-Prognose 2025
BIP	-0,3	-0,2	-0,3
Private Konsumausgaben	-0,4	0,2	0,5
Konsumausgaben des Staates	-0,1	3,2	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	-1,2	-2,7	0,2
– Ausrüstungen	-0,8	-5,4	-1,0
– sonstige Anlagen	4,7	3,9	2,5
– Bauten	-3,4	-3,2	0,0
Export (Waren und Dienstleistungen)	-0,3	-1,8	-2,5
Import (Waren und Dienstleistungen)	-0,6	-0,7	1,5
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	+336	+71	-50
Verbraucherpreise	5,9	2,2	2,1

Fragenbogen Frühsommer 2025

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage Ihres Unternehmens?

- gute Geschäftslage
- befriedigende Geschäftslage
- schlechte Geschäftslage

Unsere aktuelle Finanzlage ist wesentlich geprägt von (Mehrfachantworten möglich):

- Liquiditätsengpässen
- Drohender Insolvenz
- Eigenkapitalrückgang
- Erschwertem Fremdkapitalzugang
- Hoher Fremdkapitalbelastung
- Zunehmenden Forderungsausfällen
- Unsere Finanzlage ist unproblematisch

Ist Ihre Finanzierung derzeit in besonderem Maße beeinträchtigt? Falls ja, welche Aspekte spielen dabei eine Rolle? (Mehrfachantworten möglich)

- Zinshöhe
- Sicherheiten
- Dokumentationspflichten
- eigener Finanzierungsanteil
- Sonstiges,
und zwar ... (Freitextfeld)
- keine Beeinträchtigung

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- bessere Geschäftslage
- gleichbleibende Geschäftslage
- schlechtere Geschäftslage

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden 12 Monaten? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Inlandsnachfrage
- Auslandsnachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Mit welcher Entwicklung der Exporte rechnen Sie für Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten?

- höhere Exporte
- gleichbleibende Exporte
- geringere Exporte

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Ausgaben
- gleichbleibende Ausgaben
- geringere Ausgaben

Welche sind die Hauptmotive, die Ihr Unternehmen seinen geplanten Investitionen im Inland für die kommenden 12 Monate zugrunde legt? (Mehrfachantworten sind möglich)

- Rationalisierung
- Produktinnovation
- Kapazitätsausweitung
- Umweltschutz
- Ersatzbedarf

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens im Inland in den kommenden 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höhere Beschäftigtenzahl
- gleichbleibende Beschäftigtenzahl
- geringere Beschäftigtenzahl

Methodik

Grundlage für die DIHK-Ergebnisse sind Befragungen der Unternehmen durch insgesamt 79 IHKs. Im Frühsommer 2025 haben die IHKs rund **23.000 Antworten** ausgewertet. Die regionalen Auswertungen der IHKs können Sie auch im Internet unter www.dihk.de/konjunktur abrufen.

Nach Wirtschaftszweigen verteilen sich die Antworten auf die Industrie (26 Prozent), die Bauwirtschaft (sechs Prozent), den Handel (21 Prozent) und die Dienstleister (47 Prozent). Die Einteilung der Wirtschaftszweige in der DIHK-Konjunkturumfrage basiert entsprechend der amtlichen Statistik auf der WZ 2008.

Nach Unternehmensgrößenklassen teilen sich die Antworten folgendermaßen auf: 39 Prozent Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten, 14 Prozent Unternehmen mit zehn bis 19 Beschäftigten, 38 Prozent Unternehmen mit 20 bis 199 Beschäftigten, sechs Prozent Unternehmen mit 200 bis 499 Beschäftigten, ein Prozent Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten, zwei Prozent Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten.

Die IHKs gestalten ihre Stichprobe so aus, dass ein repräsentatives Stimmungsbild der gewerblichen Wirtschaft vor Ort abgebildet ist (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogen geschichtete Stichprobe). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung. Die Antworten der regelmäßigen Konjunkturfragen (siehe Fragebogen) von Betriebsstätten mit mehr als 500 Beschäftigten sind mit dem Faktor 2 und die Antworten von Betriebsstätten mit mehr als 1.000 Beschäftigten mit dem Faktor 3 gewichtet. Bei den Geschäftsrisiken wird auf die Gewichtung nach Größenklassen verzichtet. Bei Zusatzfragen wird die Größenklassen-Gewichtung dann unterlassen, wenn der ungewichtete Anteil der Unternehmen aussagekräftiger ist.

Bei der Frage nach den Geschäftsrisiken können die Unternehmen zu der Antwortoption „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ einen Freitext verfassen. In der aktuellen Umfrage lagen rund 6.000 Freitextantworten vor. Diese wurden anhand der genannten Begriffe und behandelten Themen möglichst trennscharf kategorisiert. Die häufigsten Antworten sind als Wortwolke dargestellt. Je größer ein Begriff ist, desto höher ist die Anzahl der Freitextantworten zu diesem Thema.

Der IHK-Konjunkturklimaindikator wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet. Der Indikator hat demnach folgende mathematische Form:

$$\sqrt{(L_1 - L_3 + 100) * (E_1 - E_3 + 100)}$$

, wobei L_1 den Anteil der Unternehmen mit guter Lageeinschätzung darstellt, L_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechter Lageeinschätzung, E_1 den Anteil der Unternehmen mit besseren Geschäftserwartungen und E_3 den Anteil der Unternehmen mit schlechteren Erwartungen.

Die Umfrage hat **vom 24.03.2025 bis 30.04.2025** stattgefunden.